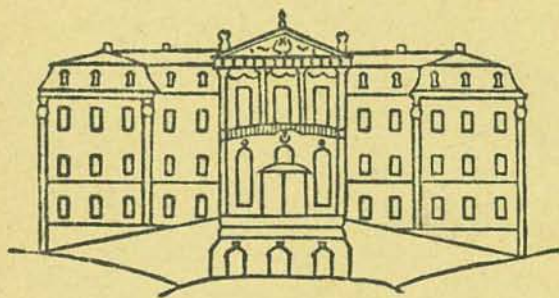


Hefte aus Burgscheidungen

Wolfgang Gudenschwager

**Zur Kulturpolitik der CDU
1945 bis 1952**



175

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes der
Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospisil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 91 Luitpold Steidle: Das große Bündnis
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft

Wolfgang Gudenschwager

Zur Kulturpolitik der CDU 1945 bis 1952



1970

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes der
Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Überarbeitete Fassung der Diplomarbeit, die der Verfasser 1969 zum Staatsexamen an der Sektion Ästhetik und Kunstwissenschaften – Bereich Fernstudium Kulturwissenschaft – der Humboldt-Universität zu Berlin vorlegte

Druck: UNION-DRUCK (VOB), Halle (Saale)
Ag 224/63/70 12. 5. 556

Inhalt

Vorwort	5
1. Der Sieg über den Hitlerfaschismus – die reale Chance einer gesellschaftlichen Neuordnung in ganz Deutschland	7
1.1. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 – Wegweisung aus der nationalen Katastrophe	7
1.2. Der Gründungsaufwurf der CDU – Bekenntnis christlicher Demokraten zu Frieden und Demokratie	8
1.3. Anfänge zur demokratischen Erneuerung des geistig-kulturellen Lebens	10
2. Die kulturpolitische Konzeption des reaktionären Flügels der CDU-Führung bis zum 3. Parteitag (1948)	13
2.1. Die kulturpolitische Haltung der CDU bis zum 1. Parteitag (Gründung des Kulturpolitischen Ausschusses)	16
2.2. Die Widerspiegelung reaktionärer kulturpolitischer Auffassungen auf den ersten drei Parteitagen der CDU (1946–1948)	21
3. Die Eisenacher Kulturtagung der CDU (1949) – Versuch einer Selbstverständigung in den Reihen der Partei	30
3.1. Das Eisenacher Kulturprogramm zwischen Fortschritt und Reaktion	33
3.2. Die Aussagen des 4. Parteitages (1949) zur Eisenacher Kulturtagung	36
4. Die Hinwendung der CDU zu einer fortschrittlichen deutschen Kulturpolitik in Vorbereitung und Durchführung des 5. Parteitages (1950)	38
5. Die Meißener Arbeitstagung der CDU (1951) – Versuch der theoretischen Grundlegung des Christlichen Realismus	43
5.1. Kulturpolitische Aspekte der Meißener Arbeitstagung	43
5.2. Fehlinterpretationen des Begriffs „Christlicher Realismus“ auf kulturpolitischem Gebiet	48
6. Die Aufgaben der CDU bei der Entwicklung einer sozialistischen deutschen Kultur nach der 2. Parteikonferenz der SED (1952)	50
6.1. Die kulturpolitische Zielstellung der Arbeitstagung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises der CDU in Weimar (September 1952)	51

6.2. Aussagen über den Beitrag der CDU zum Aufbau einer sozialistischen Kultur in der DDR auf dem 6. Parteitag (1952)	54
Schlußbemerkung	59
Literaturverzeichnis	62

Vorwort

Die Entwicklung der kulturpolitischen Linie der CDU von 1945 bis 1952 ist das Thema der vorliegenden Arbeit. Dieser Zeitraum von der Gründung der Partei am 26. Juni 1945 bis zum 6. Parteitag der CDU im Oktober 1952 ist für die Gesamtgeschichte der Partei äußerst bedeutungsvoll. In diesen Jahren vollzog und entschied sich der Kampf zwischen den progressiven und reaktionären Kräften in der CDU der damaligen sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR. Der gesellschaftliche Fortschritt, der sich im Osten Deutschlands in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und der Gründung des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates manifestierte, und die Unterstützung der demokratisch gesinnten CDU-Mitglieder durch die Arbeiterklasse und ihre Partei waren für den innerparteilichen Klärungsprozeß eine unerläßliche Voraussetzung.

Die Arbeit, die diesen Prozeß speziell für den kulturpolitischen Bereich der Parteiarbeit zu analysieren versucht, legt dabei die neuen Verhältnisse auf geistig-kulturellem Gebiet zugrunde, die sich in der Etappe der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung der deutschen Kultur und beim Übergang zur sozialistischen Kulturrevolution herausbildeten. Ihre Aufgabe ist es jedoch nicht, alle Teilkomplexe möglichst vollständig herauszuarbeiten, sondern sich im wesentlichen auf solche Grundtendenzen zu beschränken, die auch angesichts der parteipolitischen Situation in diesem Zeitraum bedeutsam waren. Deshalb war es erforderlich, jeweils zu bestimmten Entwicklungsphasen einen kurzen Überblick über die innerparteiliche Lage zu geben.

Weiter ist zu bemerken, daß in dieser Arbeit alle in Zusammenhang mit einer demokratischen Bildungspolitik stehenden Probleme nur soweit Berücksichtigung fanden, wie sie zur Beweisführung als notwendig erachtet wurden. Dieser Komplex müßte wegen seines Umfangs und seiner Spezifik Gegenstand einer eigenen Untersuchung sein.

Auf eine Untersuchung der Kulturpolitik der CDU/CSU als der Partei der reaktionärsten Kreise des westdeutschen Imperialismus wurde im Rahmen der vorliegenden Darstellung ebenfalls bewußt verzichtet.

Als Quellen dienten dem Verfasser die im Archiv bzw. Historischen Archiv beim Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU befindlichen Protokolle, Aktennotizen, Redeskizzen und

programmatischen Beschlüsse aus der Zeit von 1945 bis 1952. Veröffentlichungen im Zentralorgan „Neue Zeit“ und in „Union teilt mit“ wurden bisweilen als ergänzendes Quellenmaterial herangezogen. (Offensichtliche Interpunktionsfehler wurden korrigiert.)

Die Arbeit, die den Nachweis erbringen will, daß mit dem endgültigen Durchbruch der fortschrittlichen Kräfte in der CDU auch eine Neuorientierung in der kulturpolitischen Arbeit der Partei erfolgte, soll zugleich ein Beitrag zur Geschichte der Kulturpolitik der DDR und speziell zur Geschichte der CDU sein. Sie ist der 25. Wiederkehr des Gründungstages unserer Partei gewidmet.

I. Der Sieg über den Hitlerfaschismus – die reale Chance einer gesellschaftlichen Neuordnung in ganz Deutschland

1.1. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 – Wegweisung aus der nationalen Katastrophe

Mit der Befreiung des deutschen Volkes durch den Sieg der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Mächte der Antihitlerkoalition über die faschistische Diktatur war die historische Chance für eine grundsätzliche Wende in der deutschen Politik gegeben. Zum erstenmal war damit der „Arbeiterklasse ... die Möglichkeit eröffnet, die historische Mission, die ihr als der fortschrittlichsten Klasse der Gesellschaft, als der erprobtesten Vorkämpferin für die Sache unseres Volkes und des Friedens zufiel, im Bündnis mit allen anderen antifaschistisch-demokratischen Kräften zu verwirklichen“.¹

Schon sehr bald nach der bedingungslosen militärischen Kapitulation schuf die Sowjetunion auf dem von ihr besetzten Territorium Deutschlands Voraussetzungen für eine freie gesellschaftliche und politische Tätigkeit der deutschen Bevölkerung. Der Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 10. Juni 1945 gestattete die Bildung aller antifaschistischen Parteien, „die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen“.²

Bereits einen Tag später, am 11. Juni 1945, trat das Zentralkomitee der KPD mit einem Aufruf an die deutsche Öffentlichkeit, der – ausgehend von den Lehren und Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung – in zehn Punkten ein Programm für den demokratischen Aufbau entwickelte. Die KPD, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, „alle an einer demokratischen Wiedergeburt Deutschlands interessierten Schichten der Bevölkerung für ihr Programm zu gewinnen“³, stellte die

1 Zit. nach: Dokumente der CDU, hrsg. vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Bd. VI, Berlin 1966, S. 62 – Die „Thesen zur Geschichte der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands“ wurden auf der V. Sitzung des Hauptvorstandes der CDU am 26. 6. 1965 beschlossen.

2 Zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bd. 6, Berlin 1966, Dokumentenanhang Nr. 2, S. 349

3 Ebenda, S. 38

Errichtung einer einheitlichen, friedliebenden, antifaschistisch-demokratischen deutschen Republik in den Mittelpunkt dieses Aufrufes. In der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ heißt es dazu:

„Der Aufruf der KPD war deutsche Politik im besten Sinne des Wortes ... er ging von einer nüchternen Einschätzung der Lage in Deutschland aus, er brachte die Interessen und die Sehnsucht breiter Schichten des deutschen Volkes zum Ausdruck.“⁴

Entsprechend der in den Beschlüssen der Brüsseler und Berner Parteikonferenz von 1935 und 1939 niedergelegten Generallinie der KPD orientierte der Aufruf

- auf die restlose Beseitigung des Imperialismus und Militarismus sowie die vollständige Liquidierung des Hitlerfaschismus,
- auf die Bildung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes in Form einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk,
- auf die Enteignung der Kriegsverbrecher und die Liquidierung des Großgrundbesitzes,
- auf die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im engen Bündnis mit allen anderen demokratisch gesinnten Kräften.

Indem der Aufruf vom 11. Juni 1945 mit aller Konsequenz auf die Notwendigkeit des antiimperialistischen Kampfes verwies, der sich vor allem gegen die Hauptschuldigen des Hitlerregimes und die Kriegsgewinnler richtete, wurde er zum grundlegenden Aktionsprogramm für die „demokratische Etappe der revolutionären Umwälzung in Deutschland“.⁵

1.2. Der Gründungsaufruf der CDU – Bekenntnis christlicher Demokraten zu Frieden und Demokratie

Unter dem Eindruck der Katastrophe, in welche der Hitlerfaschismus mit seiner gewissenlosen Politik Deutschland geführt hatte, wandte sich auch die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) mit ihrem am 26. Juni 1945 veröffentlichten Gründungsaufruf an das deutsche Volk und rief die christlichen und demokratischen Kräfte zur Mitarbeit am Aufbau einer neuen Ordnung auf.

Dieser Aufruf, der die CDU als eine „antifaschistisch-demo-

⁴ Ebenda, S. 43

⁵ Ebenda, S. 42

kratische Partei bürgerlichen Charakters“⁶ kennzeichnete, bedeutete für die gesellschaftliche Neuorientierung der Christen in Deutschland etwas grundsätzlich Neues. Das gilt vor allem für

- die Verurteilung von Faschismus und Militarismus,
- den Aufbau einer Ordnung in demokratischer Freiheit,
- die Bestrafung aller an den Verbrechen der Hitlerzeit Schuldigen und ihrer Helfershelfer,
- eine Neuordnung in Industrie und Landwirtschaft,
- den Willen zur Zusammenarbeit mit den anderen gesellschaftlichen Kräften der neuen Demokratie.

Die CDU hatte sich damit ein Programm gegeben, das gewisse Berührungspunkte mit den im Aufruf der KPD enthaltenen richtungweisenden Forderungen hatte und im großen ganzen geeignet war, den Mitgliedern den richtigen Weg für ihren Kampf um Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt zu weisen. In den „Thesen zur Geschichte der CDU“ wird dazu ausgeführt:

„Mit der Gründung und Entwicklung der Christlich-Demokratischen Union waren zum erstenmal in der deutschen Geschichte die Bedingungen dafür gegeben, die fortschrittliche Linie der Tradition verantwortungsbewußten christlichen Wirkens für den Frieden und für den Nächsten organisierte politische Gestalt annehmen zu lassen.“⁷

Die Unterzeichner des Gründungsaufrufs, die sich um Dr. Andreas Hermes und Dr. Theodor Steltzer am 17. und 22. Juni 1945 zu ersten Besprechungen zusammengefunden hatten, sprachen davon, daß unser Volk „durch die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers“ vor „einem Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte“ stand. Verantwortlich dafür wurde „ein gewissenloser Diktator mit seinem Anhang“ gemacht, aber auch diejenigen Teile des deutschen Volkes, „die sich nur allzu bereitwillig zu Handlangern und Steigbügelhaltern für Hitler erniedrigten“. Es wurde erinnert an die „Kämpfer echter demokratischer Gesinnung, evangelische und katholische Christen, zahllose jüdische Mitbürger“, die unter dem faschistischen Terror ihr Leben gaben, und gefordert, „die Schuldigen und ihre Helfershelfer unnachlässig ... zur Rechenschaft zu ziehen“.

Wenn auch der Aufruf in vieler Hinsicht den christlich gesinnten Kräften unter den Aufbauwilligen eine Orientierung für ihr politisches Handeln gab, wenn er auch zweifellos rich-

⁶ Zit. nach: Dokumente der CDU, Bd. VI, a. a. O., S. 65

⁷ Ebenda, S. 60

tig die Kraft anerkannte, „die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt“, muß man ebenso feststellen, daß er „in einer Reihe von Einzelheiten noch mancherlei durch die damalige objektive Lage bedingte Unklarheiten und eine Reihe irriger, zum Teil kleinbürgerlich-illusionärer Vorstellungen über den Weg zur Verwirklichung jener Ziele“⁸ beinhaltete. In diesem Zusammenhang sei nur darauf verwiesen, daß es im Gründungsaufwurf heißt, eine „Ordnung in demokratischer Freiheit“ könne nur dann entstehen, „wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschließen“. Inwieweit diese Formulierung eine Basis für die restaurativen Kräfte in der CDU-Führung war, ihre reaktionären Gedanken auch in die Kulturpolitik der Partei hineinzutragen, wird noch an anderer Stelle abgehandelt werden.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß dem Gründungsaufwurf eine den Aufgaben der damaligen Zeit entsprechende progressive Konzeption zugrunde lag und „Zeugnis gab für die Bereitschaft der christlichen Demokraten, Fehler der Vergangenheit zu überwinden und sich nun bewußt in den recht verstandenen Dienst an der Nation zu stellen“.⁹

1.3. Anfänge zur demokratischen Erneuerung des geistig-kulturellen Lebens

Im Aufruf der KPD wie im Gründungsaufwurf der CDU ist von der materiellen und ideellen Katastrophe die Rede, in der sich Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg befand. „Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden“, forderte der Aufruf der KPD.

Ebenso suchte auch die CDU, allerdings unter anderen weltanschaulichen Aspekten, allen aufrechten Menschen christlicher Gesinnung den Weg aus dem „geistigen Trümmerfeld“ zu weisen. Im Gründungsaufwurf heißt es u. a.: „Wissenschaft und Kunst sollen sich frei entfalten, und die Lehren echter Humanität ... sollen den sittlichen Wiederaufbau unseres Volkes tragen helfen.“ Und an anderer Stelle werden die „verderblichen Lehren des Rassenhasses und der Völkerverhetzung“ angeprangert und die „Erkenntnis wahrer sittlicher

⁸ Ebenda, S. 67

⁹ Ebenda

Werte“ hervorgehoben, zu der vor allem die Jugend geführt werden solle.

In der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ wird in bezug auf den Klassencharakter des Faschismus der wissenschaftliche Beweis erbracht, daß der

*„Hitlerfaschismus ... die Fortsetzung, Zusammenfassung und Steigerung aller reaktionären, volksfeindlichen und antidemokratischen Entwicklungstendenzen des deutschen Imperialismus und Militarismus seit seiner Entstehung um die Jahrhundertwende (war)“*¹⁰

Es heißt dort in diesem Zusammenhang:

*„Der Faschismus war ein Regierungssystem des politischen Banditentums und der Provokation, an die Macht gebracht im Interesse der reaktionärsten Gruppen des deutschen Monopolkapitals, um die Arbeiterklasse und alle anderen Schichten des deutschen Volkes zu unterdrücken.“*¹¹

In den zwölf Jahren der faschistischen Herrschaft hatte der nazistische Ungeist große Teile des deutschen Volkes systematisch vergiftet und zu geistiger Verarmung und Verwahrlosung geführt. Rassenhetze und Chauvinismus hatten aber dennoch nicht vermocht, den wahren humanistischen Geist der deutschen Nationalkultur totzuschweigen. Kommunistische und bürgerlich-demokratische Kulturschaffende – viele von ihnen waren wegen ihrer humanistischen Gesinnung von den Faschisten in die Emigration getrieben worden und konnten nur von dort aus für die schöpferische Fortentwicklung der deutschen Kultur wirken – widmeten sich sofort nach Kriegsende gemeinsam der geistig-kulturellen Erneuerung des deutschen Volkes.

Erste Schritte dieser antifaschistischen, demokratischen Kulturentwicklung waren die Aufnahme der Tätigkeit des Berliner Senders am 13. Mai 1945, das Erscheinen der ersten Nummer der „Berliner Zeitung“ am 21. Mai 1945 oder die Tatsache, daß im selben Monat in Berliner Kinos bereits wieder regelmäßig Filme gezeigt wurden – Anfang Juli spielten in der Hauptstadt 110 Filmtheater –, das erste Konzert des Berliner Kammerorchesters am 13. Mai 1945, die Eröffnung des Renaissance-Theaters als erstes Theater am 27. Mai 1945 und die Neueröffnung des Deutschen Theaters am 7. September 1945 mit Lessings „Nathan der Weise“, dessen humanistisches

¹⁰ Zit. nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bd. 5, Berlin 1966, S. 55

¹¹ Ebenda

Werk „für einen neuen kulturellen Anfang programmatische Bedeutung“¹² erhielt.

Die Kommunistische Partei Deutschlands, die schon vor der Zeit des Faschismus in ständiger Auseinandersetzung mit der imperialistischen Kulturreaktion ihre eigene proletarische Kulturpolitik entwickelt hatte, gab in diesen ersten Wochen und Monaten nach Kriegsende die Wegweisung zu einer neuen demokratischen deutschen Kultur. Dabei wurde sie in enger Zusammenarbeit mit den Kulturoffizieren der SMAD vor allem von den konsequentesten und bewußtesten Schriftstellern und Künstlern unterstützt.

Die Erneuerung des geistig-kulturellen Lebens bedurfte jedoch eines kameradschaftlichen Bündnisses „mit der schaffenden Intelligenz, den Wissenschaftlern, Forschern, Ingenieuren, Ärzten und Lehrern wie auch den Künstlern, die ihr schöpferisches Werk dem Volke widmen“¹³ wollten. In dem Manifest zur Gründung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands heißt es darum u. a.:

„Die besten Deutschen aller Berufe und Schichten gilt es in dieser schweren Notzeit deutscher Geschichte zu sammeln, um eine deutsche Erneuerungsbewegung zu schaffen, die auf allen Lebens- und Wissensgebieten die Überreste des Faschismus und der Reaktion zu vernichten gewillt ist und dadurch auch auf geistig kulturellem Gebiet ein neues, sauberes, anständiges Leben aufbaut.“¹⁴

Johannes R. B e c h e r, der an der Sammlung der geistigen Kräfte in jener Zeit besonderes Verdienst hatte, wurde auf der konstituierenden Sitzung, zu der das Gründungskomitee am 8. August 1945 zusammengekommen war, einstimmig zum Präsidenten des Kulturbundes gewählt. Dem auf dieser Tagung ebenfalls gewählten Präsidialrat gehörten neben weiteren bedeutenden Repräsentanten des deutschen Kulturlebens auch

12 Zit. nach: Kultur in unserer Zeit, Kollektivarbeit unter Leitung von Horst Käßler und Fred Staufenberg, hrsg. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Lehrstuhl für Theorie und Geschichte der Literatur und Kunst, Berlin 1965, S. 74

13 Zit. nach: Wilhelm Pieck, Feste Einheit der demokratischen Kräfte, in: Reden und Aufsätze, Bd. II, Berlin 1950, S. 9

14 Zit. nach: Karl-Heinz Schulmeister, Zur Entstehung und Gründung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, hrsg. vom Sektor Publikationen im Bundessekretariat des Deutschen Kulturbundes, Berlin 1965, Dokumentenanhang Nr. 11, S. 145 – Schulmeister, der in seiner Arbeit die Vorgeschichte der Gründung des Kulturbundes und die Gründung selbst ausführlich untersucht, gibt auf Grund des Quellenstudiums entgegen den bisher genannten Daten für die Gründung des Kulturbundes als Zeitpunkt für die Gründungsversammlung die zweite Junihälfte und für die erste Kundgebung des Kulturbundes den 3. 7. 1945 an.

Vertreter der verschiedenen Parteien an, so für die CDU u. a. Ernst L e m m e r und Dr. Ferdinand F r i e d e n s b u r g, die ihre anfänglich dem Schein nach demokratische Haltung später sehr schnell ablegten und sich zu den eifrigsten Verfechtern der reaktionären Kaiser-Konzeption in der Partei machten.¹⁵

2. Die kulturpolitische Konzeption des reaktionären Flügels in der CDU-Führung bis zum 3. Parteitag (1948)

Zum besseren Verständnis der Frage, wie es schon kurze Zeit nach Gründung der Christlich-Demokratischen Union den reaktionären Kräften in der CDU-Führung gelang, eine ihren restaurativen Zielen dienende kulturpolitische Konzeption zu entwickeln, machen sich einige kurze Bemerkungen zur ideologischen Situation der Partei während dieser Periode erforderlich.

Zunächst einmal muß man davon ausgehen, daß die Mitglieder des Berliner Gründungsausschusses wie auch anderer Gründerkreise in der damaligen sowjetischen Besatzungszone von den verschiedensten politischen Richtungen her kamen.¹⁶ So waren beispielsweise im Berliner Gründungsausschuß ehemalige Mitglieder des Zentrums, der Deutschen Demokratischen Partei ebenso wie Funktionäre der früheren christlichen und Hirsch-Dunckerschen Angestellten-Gewerkschaften neben Parteiloseren vertreten, die erst nach Kriegsende zur Politik fanden. Daraus erklärt sich bereits zu einem gewissen Teil die Unterschiedlichkeit der Auffassungen über den politischen Weg der CDU unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung.

Hinzu kommt die Tatsache, daß die teilweise noch in Schlüsselpositionen verbliebenen Vertreter der Großbourgeoisie und des Junkertums in Hermes einen Mann gefunden hatten, der

15 Dem ersten Präsidialrat gehörte als Mitglied der CDU ferner Dr. Theodor Bohner an, der sich im Gegensatz zu diesen beiden CDU-Politikern durch eine aufrichtige demokratische Haltung auszeichnete.

16 Vgl. dazu Dr. Gerhard Desczyk, Diskussionsbeitrag, Zur politischen Ausgangsposition und zu politischen Grundproblemen bei der Gründung der CDU, Sonderdruck aus dem Protokoll einer Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 4.-6. 5. 1965, S. 234 ff.

ihren Machtinteressen entgegenkam. Zur Charakteristik der Person von Andreas Hermes, der seit Parteigründung den Vorsitz hatte, schreibt Walter Ulbricht in seinem Werk „Zur Geschichte der neuesten Zeit“:

„Es gab jedoch auch Politiker darunter (gemeint ist im ersten demokratischen Magistrat von Groß-Berlin. D. Verf.), wie zum Beispiel Dr. Hermes, die ihre eigenen Ziele verfolgten und den Wiederaufbau der Wirtschaft und den Aufbau der Verwaltung benutzten, um die politischen Positionen der Bourgeoisie wiederherzustellen.“¹⁷

In der Frage der demokratischen Bodenreform als der ersten tiefgreifenden revolutionären Umwälzung im Osten Deutschlands entschied sich schließlich die große Mehrheit der Mitglieder gegen Hermes und seinen Stellvertreter Dr. Walther Schreiber, da beide durch ihre reaktionäre Haltung das Programm zur Durchführung der Bodenreform verhindern bzw. durch eigene Reformvorschläge modifizieren und damit abschwächen wollten.¹⁸ In einer Mitteilung vom 20. Dezember 1945¹⁹ wurden die Mitglieder des Gründungsausschusses der CDU offiziell vom Rücktritt von Hermes und Schreiber aus der Parteiführung informiert.

Damit hatten zwar die demokratischen Kräfte in der CDU einen ersten entscheidenden Sieg errungen, doch mit Jakob Kaiser und Ernst Lemmer vollzog sich lediglich ein Wechsel in der Führungsspitze, keineswegs aber eine politische Kursänderung der Partei.²⁰ Der aufrechte Wille vieler Mitglieder, an einer neuen demokratischen und sozialen Entwicklung mitzuarbeiten, wurde von ihnen vielmehr für ihre eigenen fortschrittsfeindlichen Ideen mißbraucht. Erwähnt seien in diesem Zusammenhang das 1946 von Kaiser proklamierte Programm des „christlichen Sozialismus“ – eine Entgegensetzung zur wissenschaftlichen Theorie der Arbeiterklasse –, die von ihm auf dem 2. Parteitag 1947 vertretene demagogische These

17 Walter Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I, 1. Halbbd., Berlin 1955, S. 83

18 Näheres dazu in: Werner Wünschmann, Zur Deutschland-Konzeption der Führung der CDU in der sowjetischen Besatzungszone 1945–1947, CDU-Beiträge zur Geschichte, hrsg. vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, 1966, S. 21 ff.

19 S. Archiv beim Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Berlin, Vorstandssitzungen 1945–48, Mitteilung an die Gründungsmitglieder der CDU vom 20. 12. 1945 (Das Archiv beim Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU wird nachfolgend nur noch als CDU-Archiv bezeichnet. Soweit die Akten nachträglich nummeriert wurden, beziehen sich die Seitenzahlen auf diese Numerierung. Sie werden dann als lfd. S. bezeichnet.)

20 Näheres dazu in: Werner Wünschmann, a. a. O., S. 33 ff.

von der Mittlerfunktion Deutschlands zwischen Ost und West und seine ebenfalls dort erhobene Forderung, die Partei zu einem „Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus und seiner totalitären Tendenzen“²¹ zu machen. All diese propagandistischen Winkelzüge sollten nur dem einen Zweck dienen, die gesellschaftliche Weiterentwicklung in der damaligen sowjetischen Besatzungszone zu hemmen und die gemeinsame Arbeit im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu hintertreiben.

Erweckte Kaiser zumindest noch auf dem 1. Parteitag 1946 einen demokratischen Anschein, so kennzeichnete seine anti-nationale Haltung zum I. Deutschen Volkskongreß ihn eindeutig als einen Vertreter großkapitalistischer Interessen. Mit der Volkskongreßbewegung waren zugleich aber auch in den einzelnen Parteiverbänden die fortschrittlichen Kräfte so gewachsen, daß „in harten innerparteilichen Auseinandersetzungen, die abermals die politischen Fronten in unserer Partei offen sichtbar werden ließen, ... dieser Gegensatz zwischen dem reaktionären Flügel in der Parteiführung und den ehrlichen Unionsfreunden siegreich zugunsten des Fortschritts überwunden“²² werden konnte und eine Trennung von Kaiser und Lemmer erfolgte.

An die Spitze eines Koordinierungsausschusses, der bis zu einer Neuwahl die Parteigeschäfte führen sollte, trat Ende Dezember 1947 Otto Nuschke, dem von den Landesvorsitzenden als auch von den demokratischen Kräften des Vorstandes das Vertrauen ausgesprochen worden war. Auf dem 3. Parteitag 1948 wurde Otto Nuschke schließlich von der Mehrheit der Delegierten zum 1. Vorsitzenden des Gesamtverbandes der Partei gewählt. Damit hatte zum erstenmal ein Mann den Vorsitz, der sich von Anfang an zum Sprecher einer konsequent antifaschistisch-demokratischen Haltung gemacht hatte.

21 Zit. nach: CDU-Archiv, 2. Parteitag der CDU, stenogr. Protokoll, S. T 14/2 – Auf der gleichen Linie lagen auch Kaisers Versuche, auf der Sitzung des erweiterten Hauptvorstandes am 12. 7. 1947 die Blockpolitik aufzukündigen, was jedoch an dem entschiedenen Widerstand der Mehrheit der Mitglieder in den Parteiverbänden scheiterte, sowie die unter dem Einfluß von Kaiser und Lemmer zustande gekommene Entscheidung des Hauptvorstandes am 2. 12. 1947, dem Volkskongreß seinen gesamtdeutschen und überparteilichen Charakter abzusprechen und die Teilnahme von CDU-Mitgliedern als „private“ Angelegenheit zu deklarieren.

22 Zit. nach: Dokumente der CDU, Bd. VI, a. a. O., S. 82

2.1. Die kulturpolitische Haltung der CDU bis zum 1. Parteitag (Gründung des Kulturpolitischen Ausschusses der CDU)

Weder Hermes/Schreiber noch Kaiser/Lemmer war es jemals gelungen, den Gesamtverband der Partei auf ihren reaktionären Kurs festzulegen, d. h. den von Anfang an gegebenen „gesamtdeutschen Wirkungskreis dieser Partei“ für eine Restauration imperialistischer Herrschaftsverhältnisse im Osten Deutschlands zu nutzen. Das schließt allerdings nicht aus, daß es diesen Politikern in den ersten Jahren gelang, ihre häufig demokratisch getarnten, letztlich aber antinationalen Ideen in die Parteiführung hineinzutragen und damit Teile der Mitgliedschaft zu irritieren.²³

Diese demagogische Politik des reaktionären Flügels in der Parteiführung machte sich auch in der kulturpolitischen Linie der CDU negativ bemerkbar. Dabei ist durchaus anzunehmen, daß es ursprünglich einer ehrlichen antifaschistischen Haltung der Gründungsmitglieder entsprach, wenn sie im Gründungsauftrag formulierten:

„... die Lehren echter Humanität ... sollen den sittlichen Wiederaufbau unseres Volkes tragen helfen.“²⁴

Die damals führenden Kulturpolitiker der CDU sahen zwar ein, daß es nach dem Kulturverfall während der Zeit des Faschismus einer Kulturerneuerung bedurfte, waren aber auf Grund ihrer bürgerlichen Klassenherkunft nicht in der Lage, die neu entstehenden Machtverhältnisse zu begreifen und die Arbeiterklasse als führende Kraft der Gesellschaft zu akzeptieren. Zweifellos hemmend wirkten sich dabei auch solche Auffassungen aus, daß die Kommunistische Partei die Schätze des deutschen Kulturerbes mißachte oder dem deutschen Kulturschaffen und der Intelligenz feindlich gegenüberstehe.

So orientierte der Kulturpolitische Ausschuß, der sich als ehrenamtliches Gremium der Reichsgeschäftsstelle der CDU am 22. August 1945 konstituierte²⁵, auf dieser ersten Sitzung

²³ Vgl. dazu Günter Wirth, Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950, Hefte aus Burgscheidungen, hrsg. von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der CDU, Nr. 24, S. 8 f.

²⁴ Zit. nach: Dokumente der CDU (Bd. I), hrsg. von der Parteileitung der CDU, Berlin 1956, S. 20

²⁵ Dem Kulturpolitischen Ausschuß der CDU gehörten bei seiner Konstituierung Dr. Theodor Steltzer als Vorsitzender, Dr. Heinrich Krone als stellv. Vorsitzender sowie Dr. Peter Bloch, Dr. Theodor Bohner, Dr. van Husen, Dr. Rudolf Pechel, Minister a. D. Hans Sivkovich und Dr. Robert Tillmanns an (s. CDU-Archiv, CDU-Ausschüsse 1945–1949, Protokolle, 1. Sitzung des Kulturpolitischen Aus-

auch nicht auf eine Zusammenarbeit mit den beiden Arbeiterparteien und den anderen demokratischen Kräften, sondern forderte die Erarbeitung allgemeiner Grundsätze für die Kulturpolitik der Partei mit dem Ziel, Grundlagen für ein eigenes Kulturprogramm zu schaffen.

Die in der Kulturpolitik der CDU damals tonangebenden Politiker waren sich zwar darüber einig, daß für die Arbeit im Ausschuß „eine zusammenfassende Deutung der geistig-kulturellen Ausgangssituation“²⁶ unentbehrlich sei, und sprachen von einer „Klärung des Menschenbildes, auf das die Kulturarbeit der Partei hinzielt“²⁷, meinten jedoch, über die Bearbeitung konkreter Einzelfragen „von selbst“ Ansatzpunkte zu finden, um kulturpolitische Grundsatzfragen im restaurativen Sinne lösen zu können. Die reaktionäre Tendenz dieses Standpunktes wurde vor allem an der Haltung des Ausschusses zur demokratischen Schulreform offensichtlich, da hier ganz eindeutig versucht wurde, lokal beschränkte Fehlentscheidungen zum Anlaß zu nehmen, um diese zu hintertreiben und das Bildungsprivileg in Form von Konfessions- und Privatschulen wenigstens teilweise zu erhalten.

Demzufolge spielten auch alle in Zusammenhang mit der Volksbildung stehenden Fragen eine außerordentlich große Rolle in den Ausschußsitzungen. So erklärte Georg Dertinger auf einer Sitzung des erweiterten Vorstandes am 13. Februar 1946 u. a., daß „wir in großen Umrissen schon die Konturen eines Schulprogramms (Hervorhebung durch den Protokollanten, D. Verf.) der Union erkennen“. Weiter sagte er:

„Die Schulfrage ist von so weitgehender Bedeutung, daß sie nach unserer Auffassung nicht übers Knie gebrochen werden darf ... Wir werden auch in der Schulfrage darauf

schusses am 22. 8. 1945, von Tillmanns unterzeichnet, lfd. S. 373). — In der Folgezeit wechselten die Ausschußmitglieder verschiedentlich bzw. wurde der Ausschuß personell erheblich erweitert; so kamen u. a. Prof. Emil Dovifat, Dr. Otto-Heinrich von der Gabelentz, Prof. D. Hugo Hickmann, Prof. Kurt Landsberg, Prof. Joachim Tiburtius sowie weitere Vertreter aus den CDU-Landesverbänden hinzu. Seit 1946 war Tillmanns Vorsitzender des Ausschusses (s. CDU-Archiv, CDU-Ausschüsse 1946–1947, Verschiedenes, Aktennotiz der Presseabteilung vom 19. 9. 1946, von Remelé unterzeichnet). — Die verschiedenen Auffassungen, die von den einzelnen Mitgliedern vertreten wurden und sich einerseits auf die monopolkapitalistische Goerdeler-Konzeption, andererseits auf katholisch- und protestantisch-klerikale Thesen, aber auch auf die Interessen des mittleren Kapitals stützten, bildeten die ideologische Basis des Kulturpolitischen Ausschusses.

²⁶ Zit. nach: CDU-Archiv, CDU-Ausschüsse 1945–1949, Protokolle, 1. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 22. 8. 1945, lfd. S. 373

²⁷ Ebenda

Bedacht nehmen müssen, daß nicht einer reichseinheitlichen Lösung der Weg versperrt wird.“²⁸

Dieses von Dertinger erwähnte „Schulprogramm der Union“ richtete sich in der Hauptsache gegen den gemeinsamen Aufruf von KPD und SPD zur demokratischen Schulreform vom 18. Oktober 1945²⁹ und sollte dazu dienen, den Prozeß der revolutionären Umwälzung des Bildungswesens zu hemmen bzw. im Sinne des von Kaiser am 13. Februar 1946 im Vorstand verkündeten „christlichen Sozialismus“ zu modifizieren.³⁰

Die in der vor allem auf der katholischen Soziallehre basierenden These vom „christlichen Sozialismus“ implizierte Abgrenzung vom Marxismus³¹ wurde zugleich richtungweisend für die ideologische Konzeption der Kulturpolitik der Partei und damit speziell für die Arbeit des Kulturpolitischen Ausschusses. In den Ausführungen des Vorsitzenden des Kulturpolitischen Ausschusses Dr. Robert Tillmanns auf der Sitzung des Parteivorstandes am 5./6. März 1946 in Berlin³² war demzufolge auch nicht ein einziges Mal davon die Rede, daß der Arbeiterklasse bei der demokratischen Kulturerneuerung – ausgehend von ihren im Klassenkampf mit der Bourgeoisie gewonnenen Erfahrungen – eine führende Rolle zukommt, ja es wurde nicht einmal erwähnt, daß man auch in diesem Zusammenhang die Kraft anerkennt, „die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt“.³³

Das ist um so augenfälliger, weil nur etwa vier Wochen zuvor, am 3. Februar 1946, Wilhelm Pieck auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD in Berlin sagte, daß es gelte,

28 Zit. nach: CDU-Archiv, Vorstandssitzungen 1945–46, Protokoll der Sitzung des erweiterten Vorstandes am 13. 2. 1946, lfd. S. 146

29 Text in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, a. a. O., Dokumentenanhang Nr. 14, S. 381 ff.

30 Kaiser erklärte in seiner programmatischen Rede auf dieser Vorstandssitzung zwar demagogisch die bürgerliche Gesellschaftsordnung für überholt, sagte aber im selben Atemzug, daß die CDU auch die Kräfte sammeln müsse, „denen die Erhaltung der abendländischen Tradition unserer Kultur, die vom christlichen Gesetz bestimmt wurde, ein inneres Anliegen ist“ (s. CDU-Archiv, Vorstandssitzungen 1945–46, Abschrift der Kaiser-Rede am 13. 2. 1946, lfd. S. 88).

31 Nach Kaisers Ansicht gibt es in einem „echten wirklich gemeinschaftsbildenden Sozialismus“ keinen Raum mehr für den Klassenkampf, da dieser „gemeinschaftszersetzend“ gewirkt hat und wirkt, und der christliche Sozialismus die Diktatur des Proletariats demzufolge ablehne (s. CDU-Archiv, ebenda, lfd. S. 95 f.).

32 S. CDU-Archiv, Vorstandssitzungen 1945–46, Sondermaterial (ohne Datum), Folge 3, lfd. S. 132–138

33 Zit. nach: Dokumente der CDU (Bd. I), a. a. O., S. 21

„... alle aufbauwilligen, antifaschistischen und demokratischen Kräfte, ganz gleich welcher Partei- oder Konfessionszugehörigkeit, ob Arbeiter oder Intellektueller, ob Bauer oder Handwerker, zusammenzufassen und eine große und leistungsfähige Einheit aller Kulturschaffenden zu begründen“.³⁴

Wilhelm Pieck, der auf dieser Tagung zugleich in vier Kernpunkten³⁵ Wege zur demokratischen Erneuerung der deutschen Kultur aufzeigte, nannte als eine der wesentlichen Voraussetzungen,

„... daß wir uns auf die wahren Träger der fortschrittlichen und freiheitlichen Kräfte besinnen und uns in erster Linie an sie wenden, um ihre Mithilfe für diese Kulturerneuerung zu gewinnen“.³⁶

Tillmanns, dem Vertreter des Flick-Konzerns, konnte aber nur sehr wenig daran liegen, die Neuordnung des kulturellen Lebens im Bündnis mit der Arbeiterklasse zu vollziehen. In seinen Darlegungen vor dem Parteivorstand kennzeichnete er zwar den kulturellen Tiefstand als Folge der faschistischen Ideologie, sprach aber – ohne auf die historischen Ursachen einzugehen – schlechthin nur von einem „Versagen der sittlich-geistigen Kräfte unseres Volkes“, von der „Schwere eines über uns hereingebrochenen Gerichts“, von einer „Lebenskrise der Kultur“, die zu überwinden oder daran zu scheitern „in der Hand einer höheren Macht“ liege. Mit diesen christlich verklausulierten Formulierungen stellte sich Tillmanns eindeutig auf die Seite derjenigen Kräfte in der Parteiführung, die in diesen Aussagen weniger ein christliches Glaubensbekenntnis sahen als vielmehr eine Argumentation dafür, daß es der Arbeiterklasse nicht anstehe, mit ihrer wissenschaftlichen Theorie – dem Marxismus-Leninismus – Staat und Gesellschaft revolutionär umzugestalten und damit auch die Grundlagen für eine geistig-kulturelle Erneuerung zu schaffen.

Wenn sich die reaktionären Kräfte auch aus taktischen Gründen für die „geistige und sittliche Erneuerung“ des deutschen Volkes als das wichtigste Anliegen der kulturpolitischen Arbeit aussprachen, schränkten sie doch dieses sofort wieder dadurch ein, daß sie die Kräfte, „aus denen die seelische Er-

34 Zit. nach: Wilhelm Pieck, Um die Erneuerung der deutschen Kultur, in: Reden und Aufsätze, a. a. O., S. 46

35 Näheres dazu ebenda, S. 47 ff.

36 Ebenda, S. 45

neuerung entstehen kann“, nur auf das Christentum und den daraus erwachsenen Humanismus reduzierten.³⁷

Das führte dazu, daß sich Tillmanns schließlich zu der anmaßenden Behauptung verstieg, echte Kulturarbeit sei überhaupt erst dann möglich, wenn sich die menschliche Ordnung wieder an „ewige Bindungen“ halte, da nur so der Mensch frei werde „von den ihn zum Objekt herabwürdigenden Bindungen irdischer Mächte“. Diese restaurative Haltung unter „christlichem“ Vorzeichen beinhaltete im Grunde genommen nichts anderes, als daß

- die Wortführer der Kulturpolitik in der CDU unter Verkenningung der historischen Situation kulturschöpferische Initiativen auf marxistischer Grundlage leugneten, ohne dabei zu erwähnen, daß schon vor 1945 die Kulturpolitik zur Strategie und Taktik der KPD gehörte³⁸;
- die Mitglieder von einer kulturpolitischen Zusammenarbeit mit der KPD/SED weitgehend abgehalten werden sollten, indem die kulturpolitische Reaktion propagierte, daß Kulturarbeit mit der „Durchsetzung irgendwelcher Propagandaabsichten politischer Institutionen“³⁹ unvereinbar sei.

Tillmanns hatte damit für den kulturpolitischen Bereich der Parteiarbeit das offen ausgesprochen, was die Kaiser-Gruppe mit ihrer ideologischen Konzeption verfolgte: die Partei in Frontstellung zur politischen Zielsetzung der KPD/SED zu manövrieren.

³⁷ Diese irrationale Betrachtungsweise beruht auf der These, daß die Kultur des Abendlandes von der Antike, vom Christentum und dem Germanentum geprägt wurde.

³⁸ In „Kultur in unserer Zeit“ heißt es in diesem Zusammenhang: „Schon vor 1945 ... hatte sich die Kommunistische Partei darauf orientiert, die kulturschöpferischen Kräfte der Arbeiterklasse zu entwickeln und in ihren Kampf einzubeziehen. Das äußerte sich im Ringen der Partei um die Sicherung und Verteidigung der grundlegenden demokratischen Kulturinteressen gegen die imperialistische Kulturreaktion und die rechtssozialdemokratische Linie des Kulturreformismus, im außerordentlichen Aufschwung der kulturellen Massenarbeit, die bewußt als Teil des Kampfes gegen den Imperialismus um die Lebensfragen des deutschen Volkes aufgefaßt und entwickelt wurde.“ (zit. nach: Kultur in unserer Zeit, a. a. O., S. 72)

³⁹ Zit. nach: CDU-Archiv, Vorstandssitzungen 1945–46, Sondermaterial (ohne Datum), Folge 3, lfd. S. 132; s. auch: CDU-Archiv, ebenda, Vorstandssitzung am 5./6. 3. 1946, Protokoll, lfd. S. 163 – Darin wurde u. a. behauptet, daß Lokalinstanzen in den Provinzen und Ländern versuchen, eine einseitige Vorentscheidung „im Sinne des kommunistischen Schul- und Kulturprogramms“ zu treffen. Kaiser nahm das zum Anlaß, die Landesverbände Sachsen und Thüringen konkret aufzufordern, „prägnante Aufzeichnungen“ zu machen, um damit „warnend an die Öffentlichkeit zu treten“. Ohne Zweifel erhoffte sich Kaiser, so einen Vorwand zu haben, um im antifaschistisch-demokratischen Block gegen die Politik der KPD opponieren zu können.

2.2. Die Widerspiegelung reaktionärer kulturpolitischer Auffassungen auf den ersten drei Parteitagungen der CDU (1946–1948)

In einem Arbeitsbericht⁴⁰ für die Teilnehmer des 1. Parteitages (15. bis 17. Juni 1946 in Berlin), der sich auf die Ausführungen Tillmanns' bezog, wurde nochmals die vorrangige Bedeutung der Kulturpolitik in der Gesamtarbeit der Partei hervorgehoben und demagogisch erklärt, daß „wir (die Kaiser/Lemmer-Gruppe wollte zumindest nach außen den Eindruck erwecken, daß sie von allen Mitgliedern autorisiert sei, in ihrem Namen zu sprechen. D. Verf.) uns zur Achtung vor der ehrlichen Überzeugung des anderen, zur Gewissensfreiheit und zur Toleranz“ bekennen.

Da die reaktionären Kräfte in der Parteiführung wenigstens zu dieser Zeit noch einigermaßen ihr „demokratisches“ Gesicht vor der Mitgliedschaft wahren wollten, entwickelten sie als „christliche“ Alternative die Version von einem „dritten Weg“ für die Kultur, der – wie es in dem erwähnten Arbeitsbericht heißt – „im Gegensatz sowohl zu einer Kulturpolitik“ steht, „der das Prinzip schrankenloser Freiheit zugrunde liegt, als auch zur Kulturpolitik des totalen Staates, der in der Kultur nur ein Mittel zur Stärkung der staatlichen Macht sieht“. Nur so konnten Tillmanns oder Prof. D. Hugo Hickmann, die beide maßgeblichen Einfluß im kulturpolitischen Ausschuß hatten, hoffen, daß ihre reaktionären Absichten von den Mitgliedern nicht sofort durchschaut würden, wobei sie sicher auch darauf spekulierten, daß einerseits die Kulturbarbarei des Hitlerfaschismus und andererseits die Angst vor einer „Bolschewisierung“ der Kultur ein übriges taten, eine konsequente Entscheidung der Mitglieder hinauszuzögern.

In seinem kulturpolitischen Referat auf dem 1. Parteitag definierte Hickmann die Kulturpolitik lediglich als „Dienst am Geist“. Ausgehend von dieser idealistischen Grundeinstellung kam er zu dem Schluß, daß „in Ehrfurcht vor dem Geist ... eine demokratische Staatsordnung grundsätzlich den Kulturgebieten weitgehende Autonomie einzuräumen“ habe und „der Geist nicht im Dienst politischer Zwecke Gewalt erleiden“ dürfe. Wenn Hickmann, der jeglichen Klassencharakter der Kulturpolitik leugnete, aber dennoch eingestand, daß es keine neutrale Kulturpolitik gibt, so bezog sich dieses einzig und allein auf das Objekt-Subjekt-Verhältnis Gott-Mensch, da mit „menschlichen Mitteln“ keine „geistigen Wandlungen“

⁴⁰ S. CDU-Archiv, Parteitagung 15.–17. Juni 1946, Berlin (Aktendeckel), S. 20

herbeizuführen seien. Nach seiner Meinung stellt deshalb Kulturpolitik „immer vor letzte Entscheidungen“. Wörtlich sagte er:

„Kultur soll die Schöpfung Gottes nach dem Gesetz göttlicher Ordnung gestalten“, und auf das „technische Zeitalter“⁴¹ bezugnehmend, fuhr er fort, daß auch hier die Kultur

„... Raum für die Entfaltung eines Menschentums zu schaffen (hat), das nicht in der Masse untergeht.“⁴²

Solche Thesen waren zweifellos dazu angetan, zunächst bei Teilen der Mitgliedschaft, aber auch bei dem Christentum nahestehenden Kulturschaffenden Anklang zu finden, da sie einmal der individualistischen Einstellung solcher Kreise entgegenkamen und zum anderen an christlichen Glauben und christliche Sittlichkeit appellierten.

Da Hickmann sich aber wohl selbst darüber im klaren war, daß solch ein kulturpolitischer Kurs bei den demokratischen Kräften auf Widerstand stoßen würde, erklärte er im Hinblick auf seine reaktionären Ziele demagogisch:

„Wirklichkeitssinn muß anerkennen, daß die Kulturkrise eine einheitliche weltanschauliche Grundlage für das deutsche kulturelle Leben zerschlagen hat. Eine weitgehende Entchristlichung der neuzeitlichen Kultur ist eine unübersehbare Tatsache, der nicht ausgewichen werden kann. Ein staatliches Monopol für eine christlich geprägte Kulturpolitik hat kein Daseinsrecht mehr. Jeder Versuch, den Folgerungen dieser Lage sich zu entziehen, wäre fehlgeleitet ... In der einmütigen Stellungnahme zu unseren kulturpolitischen Anliegen muß sich nun erweisen, daß wir wirklich zu einer Gemeinschaft des Geistes zusammengewachsen sind. Dabei erheben wir keinen Anspruch auf ein Monopol christlicher Kulturpolitik. Vielmehr begrüßen wir jeden aus anderen Parteien als Weggenossen, der mit uns gleichen Zielen zustrebt.“⁴³

Worauf das abzielte, ist eindeutig: Formal wurde auf eine „Monopolstellung“ verzichtet, um damit einen Vorwand zu haben, die führende Rolle der Arbeiterklasse ebenfalls ableh-

41 Dieser von Hickmann benutzte klassenindifferente Terminus, der bewußt den Charakter der Epoche entstellt, dient gerade heute den Apologeten der Konvergenztheorie dazu, die führende Rolle der Arbeiterklasse zu leugnen.

42 Zit. nach: Deutschland und die Union, Die Berliner Tagung 1946, Reden und Aussprache, in: Wege in die neue Zeit, hrsg. vom Union-Verlag GmbH Berlin, Nr. 4, S. 79 – Damit bezog Hickmann die Position Kaisers, der davon sprach, daß die zu schaffende neue Sozial- und Wirtschaftsordnung keine „Herrschaft des Kollektivismus“ bedeuten dürfe (s. CDU-Archiv, Vorstandssitzungen 1945–46, Abschrift der Kaiser-Rede am 13. 2. 1946, lfd. S. 93)

43 Ebenda, S. 79 f.

nen zu können. Ohne daß Hickmann die SED namentlich nannte, forderte er, daß bei der „gegebenen Lage“ die staatliche Kulturpolitik „von dem Grundsatz einer sinnvollen Parität“ geleitet sein müsse, weil sich die reaktionären Kräfte damit die Möglichkeit schaffen wollten, den geistig-kulturellen Entwicklungsprozeß im Osten Deutschlands im Sinne der Reaktion zu steuern.

Zwischendurch gab es in dem Hickmann-Referat zwar einige progressiv klingende Töne, wenn er sagte:

„... Der neue Staat braucht eine Erziehung zur Ehrfurcht vor dem Menschlichen, bei dem alle Brutalität ausgeschlossen ist. Er braucht eine Erziehung zur Friedensliebe, auch zum Verständnis der anderen Völker, bei dem aller Rassenwahn wieder abzulegen ist ...“⁴⁴

doch wurden diese progressiven Aspekte sofort wieder abgewertet, wenn beispielsweise für die Kunst als Teil der Kultur eine Entpolitisierung propagiert wurde.

Die demagogische Forderung nach einer „Entpolitisierung“ der Kunst im engeren und der Kultur im weiteren Sinne, wie sie von Hickmann und seinen Gesinnungsfreunden in der Parteiführung vertreten wurde, richtete sich in erster Linie gegen die wissenschaftliche Theorie des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse und war dazu ausersehen, den „Kommunismus als eine dem Abendland fremde Erscheinung“⁴⁵ zu verleumden. Ein solcher Standpunkt, der vor allem in den Westzonen weit verbreitet war, leistete darum denjenigen imperialistischen Kulturideologen Vorschub, die unter dem Vorwand einer wert- und zweckfreien Kultur den marxistischen Kulturbegriff⁴⁶ widerlegen wollten.

Die Negation des Klassencharakters der Kultur war deshalb im Grunde nichts anderes als der Versuch der Kulturreaktion, die Durchführung der kulturellen Revolution als eine unabdingbare Voraussetzung für die Festigung der Diktatur des Proletariats und die Stärkung ihrer Klassenbasis bewußt zu hintertreiben. Daran wird deutlich, daß es in der damaligen Zeit auch auf kulturpolitischem Gebiet als Feld der Klassenauseinandersetzung um die Entscheidung der Frage „Wer – wen?“ ging.

Eine Ausnahmeerscheinung in den zwiespältigen kulturpolitischen Ausführungen dieser Zeit blieb der Diskussionsbeitrag

44 Zit. nach: CDU-Archiv, 1. Parteitag der CDU, stenogr. Protokoll, lfd. S. 169

45 Zit. nach: Gerda Haak/Horst Keßler, Politik gegen die Kultur, Aus der Bonner Meinungsfabrik, Berlin 1964, S. 33

46 Vgl. hierzu: Kultur in unserer Zeit, a. a. O., S. 26 ff.

des Hallenser Theologieprofessors D. Erich Fascher auf dem 1. Parteitag, der sich für die Sammlung all derer einsetzte, die Geist, Glauben und Kraft haben, an der Lösung der Aufgaben auf kulturellem Gebiet mitzuarbeiten, und sich auch dafür aussprach, die Jugend im einheitlichen Geiste zu erziehen, so wie das im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien angestrebt wurde, obwohl Fascher gerade in der Frage des Klassenkampfes eine sehr indifferente Position einnahm.

Die kulturpolitische Entschließung dieses 1. Parteitages⁴⁷ ist jedoch ganz im Geiste von Tillmanns und Hickmann abgefaßt. Erneut wurden die „Grundkräfte des Abendlandes“⁴⁸ zitiert, die zu einer „Synthese von Kultur und technischer Zivilisation“ führen sollten, wurde gefordert, die „Erziehungsarbeit der Schule ... wieder nach religiös-sittlichen Werten“ auszurichten, wurden die proletarischen Künstler als „politische Aktivisten“ diffamiert, die sich lediglich künstlerischer Mittel bedienen, während „wahre Kunst ... über jeder Partei“ stehe.

Was also zuvor im Kulturpolitischen Ausschuß ausgehandelt worden war, wurde nun zum parteiamtlichen Dokument. Hickmann erklärte zwar, daß die CDU für die Kulturpolitik kein fertiges Programm vorlege, hob aber hervor, daß doch mit „aller Klarheit“ Richtlinien aufgestellt seien, die den Weg „in die Zukunft eindeutig aufweisen“. Dieser Weg bestand darin, die Partei von einer „Brücke zwischen Ost und West“ zu einem „Wellenbrecher des Marxismus“ zu machen. In dieser antikommunistischen Kaiser-Konzeption hatte auch die Kulturpolitik der CDU letztlich nur den einen Sinn, „Wellenbrecher“ der marxistischen Kulturpolitik zu sein.

Wenn sich die Arbeit des Kulturpolitischen Ausschusses nachfolgend wieder vorrangig auf Fragen des Bildungswesens

47 Text in: Wege in die neue Zeit, hrsg. vom Union-Verlag GmbH Berlin, Nr. 5, S. 5–8

48 In „Kultur in unserer Zeit“ heißt es u. a.: „Es entspricht den Klasseninteressen der imperialistischen Bourgeoisie, die ‚abendländische‘ Kultur aus der Entwicklung des Christentums und des Humanismus in Südwest- und Westeuropa, dem sogenannten Abendland, sowie aus dem ‚Germanentum‘ herzuleiten, diesen ganzen Prozeß aber von der materiellen Entwicklung der Gesellschaftsformation abzulösen und bei einer nur evolutionären Auffassung rein geistiger Kulturentwicklung stehenzubleiben“, und an anderer Stelle: „... verwundert es nicht, daß sie (gemeint sind westliche Kulturtheoretiker. D. Verf.) eine Weiterentwicklung der nationalen Kultur, welche den bürgerlich-monopolkapitalistischen ideologischen Inhalt überwindet, die Kultur auf eine neue soziale Grundlage stellt, für ganz unmöglich halten und jeden Versuch in dieser Richtung als ‚kulturzerstörend‘, als ‚Angriff‘ und ‚Bedrohung‘ der christlich-abendländischen Kultur verleumdend.“ (zit. nach: Kultur in unserer Zeit, a. a. O., S. 22 f.)

konzentrierte, entsprach das immer noch dem Bestreben der in der damaligen CDU-Führung tonangebenden Kultur- und Schulpolitiker, die Demokratisierung der Schulen und Hochschulen zu hemmen, da sie schon nicht eine eigene „christlich“ getarnte Linie durchzusetzen vermochten. So richtete Johannes Giesberts⁴⁹ auf der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 5./6. September 1947 – diese Beratung fand unmittelbar vor Eröffnung des 2. Parteitages statt – seine Angriffe in erster Linie darauf, daß „in der Ostzone in der Schulpolitik das Schwergewicht auf der Politik liege“⁵⁰. In diesem Zusammenhang entwickelte er einen ganzen Katalog von Detailforderungen, die ihrem Inhalt nach alle mehr oder weniger bürgerlich-reaktionär waren.⁵¹

Auf dem 2. Parteitag (6. bis 8. September 1947 in Berlin) konkretisierte Kaiser die reaktionäre Auffassung der ihm nahestehenden Kreise in der Parteiführung. Er erklärte in seinem Referat „Deutschland zwischen Ost und West“:

„... Fortschrittliche Änderungen, die vorgenommen werden ... müssen so beschaffen sein, daß sie Bestand haben können, das heißt, die Ordnung der Ostzone muß einen Charakter tragen, daß der deutsche Westen und der deutsche Süden nicht allzu sehr erschrecken ...“⁵²

Diese Absage an die antifaschistisch-demokratischen Erregenschaften in der damaligen sowjetischen Besatzungszone war zugleich ein Bekenntnis zur imperialistischen Restauration, wie sie sich in den Westzonen unter der Protektion der Westalliierten wieder vollzog.

So waren auch die Ausführungen Tillmanns', der auf dem Parteitag zum Thema „Geistige und kulturelle Aufgaben der Union“ sprach, im wesentlichen nur eine Neuauflage des Hickmann-Referates vom Vorjahre. Dabei scheute er sich keineswegs, ethische Prinzipien des Christentums für seine durchsichtigen politischen Zwecke zu mißbrauchen, als er erklärte,

49 S. CDU-Archiv, CDU-Ausschüsse 1947–1948, Aktennotiz, ohne Datum (vermutlich Oktober 1947) – Der Weimarer Oberregierungsrat Giesberts, der dem Kulturpolitischen Ausschuß als Vertreter des CDU-Landesverbandes Thüringen angehörte, hatte die damalige sowjetische Besatzungszone verlassen (dieser Zeitpunkt dürfte mit der Niederschrift der Aktennotiz zeitgleich sein) und seinen Wohnsitz nach Westdeutschland „verlegt“, wollte aber auch weiterhin zu den Sitzungen eingeladen werden.

50 Ebenda, Protokoll der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 5./6. 9. 1947, ausgefertigt am 17. 9. 1947 unter dem Kurzzeichen Dr. Kr./Wf, S. 1

51 Näheres dazu ebenda, S. 2

52 Zit. nach: CDU-Archiv, 2. Parteitag der CDU, stenogr. Protokoll, S. T 14/3

daß nach dem „Einbruch dämonischer Kräfte“⁵³ (gemeint ist der Hitlerfaschismus, der damit mystifiziert wurde, anstatt als Herrschaftsform der reaktionärsten Teile der monopolistischen Bourgeoisie und des Junkertums charakterisiert zu werden. D. Verf.) der Mensch nunmehr wieder sein Leben „in der Verantwortung vor einer höheren Macht“⁵⁴ führen muß. In Wirklichkeit wollte Tillmanns damit nur von den nächstliegenden kulturpolitischen Aufgaben ablenken, wie sie in den Grundsatzreferaten auf der Kulturtagung der SED (28./29. Januar 1947 in Berlin) aufgezeigt worden waren.

Statt dessen unterstellte Tillmanns der SED „totalitäre Neigungen“⁵⁵ und führte Klage, daß man die Partei bei der Papierzuteilung für Presse und geistiges Schrifttum benachteilige und so die Grundsätze der Blockpolitik einseitig auslege. Schließlich forderte auch er, mit einer grundsätzlichen Umstellung des Bildungswesens so lange zu warten, „bis gesamtdeutsche Regelungen möglich werden“⁵⁶.

Zu Sprechern dieser Verzögerungstaktik machten sich ebenfalls die Diskussionsredner Prof. Landsberg und Dr. Bock.⁵⁷ Landsberg sagte in Anlehnung an die Kaiserrede, daß die kulturelle Entwicklung in Berlin und der Ostzone so geartet sei, „daß der deutsche Westen und der deutsche Süden sehr erheblich erschrecken müssen“. Bock trat dagegen auf, daß – wenn schon im Bereich der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Plan und Lenkung akzeptiert würden – auch Kultur geplant und gelenkt werden sollte, da „das Lebelement der Kultur die Freiheit ist“.

Die vom Kulturpolitischen Ausschuß eingebrachten sieben Entschlüsse⁵⁸ sind im Vergleich zur kulturpolitischen Entschlußung des 1. Parteitages zwar um vieles differenzierter, doch noch keineswegs so gehalten, daß sie den progressiven christlichen Demokraten in der Partei generell als Arbeitsgrundlage dienen konnten. Positive Ansätze enthalten in der Entschlußung „Bühne, Musik und Film“ lediglich die Forderungen, auf den Bühnen wieder Dramatiker und Komponisten aus aller Welt zu spielen, die Eintrittspreise für Theater- und Konzertveranstaltungen möglichst niedrig zu halten

53 Ebenda, S. T 60/2

54 Ebenda, S. T 63/1

55 Ebenda, S. T 69/1

56 Ebenda, S. T 70/1

57 S. dazu ebenda, S. T 73/1 ff. und T 100/1 f.

58 Hierbei handelt es sich um folgende Entschlüsse des Kulturpolitischen Ausschusses: 1. Bühne, Musik und Film; 2. Erziehung und Schule; 3. Union und Hochschule; 4. Das deutsche Verlagswesen; 5. Film und Rundfunk; 6. Pressefreiheit; 7. Personalpolitik.

und der Heranbildung des künstlerischen Nachwuchses größte Aufmerksamkeit zu schenken. Für die Massenmedien Film und Rundfunk wurde in einer anderen Entschlußung „Überparteilichkeit“ bei der politischen Nachrichtenvermittlung gefordert, damit sie – wie es dort demagogisch heißt – nicht „einseitiger Parteipropaganda“ zum Opfer fallen. Eine entsprechende Formulierung findet sich ebenfalls in der Entschlußung über das deutsche Verlagswesen. Am ausgeprägtesten fanden sich die Absichten der reaktionären Kräfte aber wiederum in der Entschlußung zur Erziehungs- und Schulfrage, wo ganz entschieden gegen ein „Erziehungsmonopol des Staates“ ohne Beteiligung der Kirche Stellung genommen wurde.

Während sich die Kaiser/Lemmer-Gruppe in Verkenning der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze mit dieser Politik immer mehr von den fortschrittlich denkenden und handelnden Mitgliedern isolierte, sicherte die SED mit ihrer kulturpolitischen Arbeit die konsequente Weiterentwicklung der deutschen Kultur entsprechend den neuen historischen Verhältnissen. Auf ihrem Ersten Kulturtag (5. bis 7. Mai 1948 in Berlin) orientierte die SED deshalb vor allem „auf die Aufgaben des Kampfes um die Wahrung und demokratische Erneuerung der nationalen deutschen Kultur“⁵⁹. So erklärte Prof. Dr. Heinrich Deiters in seinem Referat „Die kulturelle Einheit Deutschlands und die Intellektuellen“ u. a.:

„Nur ein demokratisches Deutschland bietet die Gewähr der Erneuerung der deutschen Kultur, und zwar aus den Kräften, die vor zwei Jahrhunderten eine nationale Kultur in Deutschland überhaupt erst geschaffen haben. Nur ein demokratisches Deutschland wird ein freies, unabhängiges Land sein, frei von der Macht fremder Wirtschaftsinteressen, frei gegenüber jedem kulturellen Imperialismus, Bewahrerin einer nationalen Kultur als einer Form der Menschheitskultur überhaupt.“⁶⁰

Anton Ackermann, der auf diesem Kulturtag zu Problemen der marxistischen Kulturpolitik sprach, widerlegte den Vorwurf der Gegner des Marxismus, daß ihre Politik auf die Zerstörung der Kultur der Vergangenheit gerichtet sei, und sagte:

„Die kulturelle Erneuerung Deutschlands ist nicht Sache etwa nur der Kulturschaffenden im engeren Sinne, sie

59 Zit. nach: Kultur in unserer Zeit, a. a. O., S. 79

60 Zit. nach: Heinrich Deiters, Die kulturelle Einheit Deutschlands und die Intellektuellen, in: Protokoll der Verhandlungen des Ersten Kulturtages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1948, S. 93

ist überhaupt nicht Sache einzelner Berufe oder Schichten. Sie ist Sache des ganzen Volkes, dessen entscheidende und zur Führung berufene Kraft die Arbeiterklasse ist. Diese Rolle kommt der Arbeiterklasse zu, ... weil sie die Trägerin der neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung sein wird.“⁶¹

Als dringlichste Forderung nannte Anton Ackermann den Kampf für die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands sowie ein einheitliches deutsches Kulturleben.

In Anbetracht der Erörterung wichtiger politischer und wirtschaftlicher Aufgaben traten die kulturpolitischen Probleme auf dem 3. Parteitag (18. bis 20. September 1948 in Erfurt) in den Hintergrund. Dr. Reinhold Lobedan, einer der fortschrittlichen Politiker um Otto Nuschke, hatte bereits in der Sitzung des erweiterten Parteivorstandes am 29. Juli 1948 erklärt, daß sich diesmal das Programm des Parteitages mit voller Absicht auf Politik und Wirtschaft beschränken werde, zugleich aber den Wunsch ausgesprochen, daß die kulturpolitische Haltung der CDU in einem „allgemein verständlichen Parteiprogramm“ zusammengefaßt werden möge, um dieses dann auf einem Parteitag zur Diskussion zu stellen.⁶² Auf dem 3. Parteitag unterstrich Lobedan noch einmal diese seine Meinung, als er erklärte:

„Als christliche Partei haben wir das stärkste Interesse an kulturellen Dingen ... Auf dem nächsten Parteitag müssen sie ... zur Debatte stehen, ... denn unser Ziel muß sein, die Bahn freizumachen für die Entwicklung unserer eigenen deutschen Kultur.“⁶³

Der ebenfalls zu den progressiven Kräften gehörende Mitarbeiter der Hauptgeschäftsstelle Dr. Gerhard Desczyk entwickelte vor dem Kulturpolitischen Ausschuß am 25. August 1948 den Plan, im Winter 1948/49 eine kulturpolitische Tagung des Zonenverbandes durchzuführen.⁶⁴ Dieser Gedanke einer repräsentativen Kulturtagung wurde später aber wieder verworfen und statt dessen der Vorschlag gemacht, die kulturel-

61 Zit. nach: Anton Ackermann, Marxistische Kulturpolitik, in: ebenda, S. 197

62 Zit. nach: CDU-Archiv, Vorstandssitzungen 1945-48, Protokoll der Sitzung des erweiterten Parteivorstandes am 29. 7. 1948, S. 4

63 Zit. nach: CDU-Archiv, Manuskript zur Broschüre: Erfurt 1948, Die 3. Jahrestagung der Christlich-Demokratischen Union, hrsg. von der Hauptgeschäftsstelle der CDU, Berlin, S. 3

64 S. CDU-Archiv, CDU-Ausschüsse 1945-1949, Protokolle, Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 25. 8. 1948, lfd. S. 408 - Als mögliche Themen einer solchen Tagung wurden genannt: „Die Bedeutung der neuen naturwissenschaftlichen Erkenntnisse für das Weltbild der Gegenwart“ und „Das Geschichtsbild der Union“.

len Probleme auf einer in einem kleineren Rahmen gehaltenen Arbeitstagung zu behandeln.⁶⁵

Es steht außer Zweifel, daß mit Otto Nuschkes Rede vor den Delegierten des 3. Parteitages zum erstenmal seit der Kaiser-Ära eine Einschätzung gegeben war, die der politischen Entwicklung in der damaligen sowjetischen Besatzungszone und in den Westzonen größtmöglich Rechnung trug. Mit politischem Weitblick erklärte Nuschke schon 1948:

„Die Blockpolitik wird sich einmal in der deutschen Geschichte sehen lassen können. Denn sie hat die demokratischen Grundlagen für den Wiederaufbau in der Ostzone geschaffen.“⁶⁶

Die kulturpolitische Entschliebung dieses Parteitages, die in fünf von insgesamt sechs Punkten zum Bildungswesen Stellung nahm⁶⁷, war in ihrer Aussage jedoch alles andere als eine Bejahung der Blockpolitik. Der Anspruch auf paritätische Vertretung auf allen Ebenen oder die Ablehnung eines Unterrichts auf konsequent materialistischer Basis richteten sich nach wie vor eindeutig gegen die Partei der Arbeiterklasse als der führenden Kraft im Prozeß der gesellschaftlichen Neuordnung.⁶⁸

In seiner Begründung zu dieser Entschliebung formulierte der Thüringer Pädagoge Hans Klings unmißverständlich, daß es darauf ankommen müsse, eine dem Stärkeverhältnis der CDU entsprechende Besetzung zu erreichen. Blockpolitik war für ihn und seine Gesinnungsfreunde demnach nur so lange akzeptabel, wie sie darin ein Mittel sahen, unter Vortäuschung einer Zusammenarbeit mit ihren reaktionären Absichten zum Zuge zu kommen.

65 Ebenda, Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 13. 10. 1948, lfd. S. 411

66 Zit. nach: CDU-Archiv, Manuskript zur Broschüre: Die 3. Jahrestagung der CDU, a. a. O., S. 23

67 Text in: ebenda, S. 93 f.

68 In der kulturpolitischen Entschliebung des 3. Parteitages wird zwar ein Schulunterricht gefordert, der „das auf den neuen Erkenntnissen der Naturwissenschaft aufgebaute Weltbild der Gegenwart zugrunde legt“, doch wie heuchlerisch dieses in Wahrheit war, spricht beispielsweise aus den Worten des Thüringer Pädagogen Klings, der sich entschieden dagegen wandte, „den Wirtschaftsplan der SED als Unterrichtsprinzip“ zu erklären (zit. nach: CDU-Ausschüsse 1945-1949, Protokolle, Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 25. 8. 1948, lfd. S. 408). Auf der gleichen Linie liegen auch die Forderung, daß die „einseitige Bevorzugung der Ideologie des Marxismus, insbesondere bei der Gestaltung des Geschichts- und Deutsch-Unterrichts“ unterbleiben müsse, und die Feststellung, daß die „Auflage, den Zweijahresplan der SED als Unterrichtsgegenstand zu verwenden, ... die Einspannung der Lehrerschaft in eine parteipolitische Agitation“ bedeute (ebenda, Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 13. 10. 1948, S. 411).

3. Die Eisenacher Kulturtagung der CDU (1949) – Versuch einer Selbstverständigung in den Reihen der Partei

Während sich etwa 1948 in den Westzonen unter Bruch des Potsdamer Abkommens wieder die alten großkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse zu etablieren begannen und sich Tendenzen, die auf eine Spaltung des deutschen Nationalverbandes abzielten, mehrten, hatte – wie es in den „Thesen zur Geschichte der CDU“ heißt –

„... der Prozeß der Errichtung der Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Osten Deutschlands auf friedlichem, demokratischem Wege im wesentlichen seinen Abschluß gefunden. Eine neue Klassenstruktur, gekennzeichnet durch die Entmachtung der alten Ausbeuterklasse, durch die Hegemonie der Arbeiterklasse und ihr umfassendes Bündnis mit den werktätigen Bauern sowie allen anderen Werktätigen und den Mittelschichten, hatte sich herausgebildet.“⁶⁹

Die allseitige Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, die Stärkung der ökonomischen Macht und die Hilfe, welche die Arbeiterklasse im politisch-moralischen Sinne den ihr verbündeten demokratischen Kräften zuteil werden ließ, führte zu dieser Zeit auch innerhalb der CDU zu einer immer stärkeren Differenzierung, was im Zusammenhang damit zur weiteren Stärkung der fortschrittlichen christlichen Demokraten und zur Festigung ihrer Positionen in den Parteiverbänden führte. In dem ihr noch verbliebenen Einflußbereich nutzte die Reaktion jedoch auch weiterhin jede sich ihr bietende Möglichkeit, von der Provokation bis hin zur Sabotage.⁷⁰ Die Kulturtagung der CDU (24. bis 26. Juni 1949 in Eisenach) kam deshalb diesen Kräften sehr gelegen, da sie glaubten, hier am ehesten Ansatzpunkte zur ideologischen Desorientierung zu finden. Sie verkannten dabei ganz offensichtlich den revolutionären Charakter des kulturellen Umwälzungsprozesses in den Jahren bis 1949, der eine Kulturrestauration unmöglich machte.

Bereits Anfang des Jahres hatte die SED mit ihrem Beschluß über die „Maßnahmen zur Durchführung der kulturellen Aufgaben im Rahmen des Zweijahresplanes“⁷¹, der auf

⁶⁹ Zit. nach: Dokumente der CDU, Bd. VI, a. a. O., S. 83

⁷⁰ Vgl. dazu Gerhard Fischer, Die prinzipiellen Auseinandersetzungen über die ideologische Position der CDU zwischen dem 5. und 6. Parteitag (1950–1952) und die Rolle der „Neuen Zeit“ als Zentralorgan der Partei, CDU-Beiträge zur Geschichte, hrsg. vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, 1967, S. 12 f.

⁷¹ Darin heißt es: „Die zentralen kulturellen Aufgaben im Rahmen des Zweijahresplanes sind: 1. Steigerung und Entwicklung des allgemeinen Bildungs- und Kulturniveaus unseres Volkes; Entfaltung

ihrer 1. Parteikonferenz (25. bis 28. Januar 1949 in Berlin) gefaßt wurde, ein einheitliches Arbeitsprogramm für alle kulturellen Bereiche vorgelegt und damit zum erstenmal auf den Zusammenhang von wirtschaftlicher und kultureller Aufgabenstellung verwiesen. Ein zweites wichtiges Dokument dieser Zeit war die von der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) erlassene „Verordnung über die Erhaltung und die Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und die Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben“ vom 31. März 1949⁷², in der zahlreiche der von der 1. Parteikonferenz vorgeschlagenen Maßnahmen bereits eingearbeitet worden waren.

In seiner Ansprache vor den Teilnehmern der Eisenacher Kulturtagung würdigte Otto Nuschke diese Verordnung und stattete insbesondere dem Chef der SMAD seinen Dank dafür ab, daß er alle Organe der Sowjetischen Militärverwaltung aufgefordert habe, „den deutschen demokratischen Organen die erforderliche Hilfe und Unterstützung bei der Durchführung dieser wichtigen Maßnahmen“ zuteil werden zu lassen. Er sagte weiter:

„Auf dem Gebiete der staatlichen Kulturförderung ist damit unsere Zone zweifellos führend in Deutschland geworden. Während wir aus den westlichen Besatzungszonen laute Klagen darüber hören, daß gerade die geistig

der künstlerischen Selbstbetätigung der Werktätigen. 2. Förderung und Entwicklung der Wissenschaft, Forschung und Kunst mit dem Volk und für das Volk. 3. Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse und Werktätigen mit der fortschrittlichen Intelligenz und die Entwicklung einer neuen demokratischen Intelligenz“ (zit. nach: Bericht des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den III. Parteitag, Berlin 1950, S. 113).

⁷² Text in: Zentralverordnungsblatt Teil I, Amtliches Organ der Deutschen Wirtschaftskommission und ihrer Hauptverwaltungen sowie der Deutschen Verwaltungen für Inneres, Justiz und Volksbildung, hrsg. von der Deutschen Justizverwaltung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland, Berlin, 21. 4. 1949, Nr. 28 – Darin heißt es u. a.: „Das Aufblühen der demokratischen deutschen Kunst, Wissenschaft und Kultur wird ein wesentlicher Faktor des neuen Lebens in Deutschland sein. Ohne die großzügige Heranziehung der zur ehrlichen Mitarbeit bereiten Intelligenz, insbesondere auch der bürgerlichen Intelligenz, zum Wirtschaftsaufbau ist weder der Zweijahresplan durchzuführen noch ein weitgehender Aufschwung einer friedlichen deutschen Wirtschaft zu erreichen. Die rückständige und schädliche Ansicht, daß eine demokratische Gesellschaft und ein neues Leben ohne Heranziehung, Umformung und Umerziehung der alten Gruppen der bürgerlichen Intelligenz zur gemeinsamen schöpferischen Arbeit möglich seien, muß abgelehnt werden. Zugleich ist erforderlich, eine neue Intelligenz aus den Reihen der Arbeiter und Bauern zu schaffen, eine kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen der alten und neuen Intelligenz herzustellen und deren enge Verbundenheit mit dem Volke zu sichern.“ (zit. nach: Zentralverordnungsblatt Teil I, a. a. O., S. 228)

Schaffenden im großen Wettrennen um die Westmark auf der Strecke bleiben, werden sie in unserer Zone in besonderer Weise gefördert ...“⁷³

Auf dieser Kulturtagung, zu der die Mitglieder des Hauptvorstandes sowie alle kulturpolitischen Mitarbeiter der Landesverbände geladen waren, nahm die CDU grundsätzlich zur Kulturpolitik Stellung. Otto Nuschke stellte in Eisenach eindeutig fest:

„Dieser Kulturbeschuß der DWK mag für alle geistig Schaffenden unserer Zone ein Signal sein, alle Energien einzusetzen, um die kulturelle Wirklichkeit unseres Gebietes dieser großen, von der Besatzungsmacht gefördernden Initiative würdig zu gestalten. Demgemäß soll auch diese Kulturtagung der CDU nicht im Zeichen einer negativen Kritik, sondern im Zeichen des Willens zu positiver Mitarbeit, geistiger Klärung und zu praktisch brauchbaren Verbesserungsvorschlägen stehen.“⁷⁴

Die Aufforderung Otto Nuschkes, sich in der Partei nicht von „wirklichkeitsfremden Träumereien“, sondern von dem „Weltbild der modernen Naturwissenschaft“ leiten zu lassen, sollte nicht nur eine klare Zielstellung für die künftige Arbeit geben, sondern auch all denen eine Abfuhr erteilen, die unter Mißbrauch christlicher Glaubensideale ihre antinationalen Absichten propagierten. Bedeutungsvoll ist in diesem Zusammenhang vor allem auch die Anerkennung der wissenschaftlichen Bedeutung des historischen Materialismus, die von Otto Nuschke ganz klar ausgesprochen wurde. Das Ziel dieser Kulturtagung zusammenfassend, erklärte er:

„Den Freunden und Gegnern wird diese Kulturtagung zeigen: Die CDU dieser Zone besitzt einen klaren kulturpolitischen Willen. Sie ist bestrebt, diesen Willen zur Geltung zu bringen nach dem Prinzip der Blockpolitik, das heißt in verständnisvoller, von gegenseitiger Achtung getragener Arbeit der demokratischen Parteien“ (Hervorhebung vom Verf.).⁷⁵

73 Zit. nach: CDU-Archiv, Kulturtagung in Eisenach 1949, Ansprachen, Beschlüsse, lfd. S. 4

74 Ebenda, lfd. S. 5

75 Ebenda, lfd. S. 8

3.1. Das Eisenacher Kulturprogramm zwischen Fortschritt und Reaktion

Das am 26. Juni 1949 vom Hauptvorstand bestätigte und auf dieser Tagung verkündete Kulturprogramm⁷⁶, das sich gleichermaßen an die christlichen Demokraten in ganz Deutschland wandte, rief zur Besinnung auf die nationale und damit kulturelle Einheit auf. Zu einer Zeit, in der die Separatbestrebungen der Westzonen immer deutlichere Konturen annahmen, war ein solches Bekenntnis zur deutschen Einheit, wie es in dem Programm zum Ausdruck kam, zweifellos von großer Bedeutung.

Positiv war es weiter, daß in dem Abschnitt über „Wesen und Ziel der Kultur“ gerade angesichts der Entwicklung in den Westzonen die Aufhebung des Kulturprivilegs der alten Ausbeutergesellschaft gefordert wurde. Es heißt dort u. a.:

„Der Weg zu den Gütern der Kultur muß allen in gleicher Weise ohne jede gesellschaftliche, wirtschaftliche, rassische oder andere Behinderung offenstehen.“⁷⁷

Einen Fortschritt gegenüber früheren in der Partei vertretenen Auffassungen stellte auch der Hinweis auf die Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Kultur und auf die Bedeutung der ästhetischen Gestaltung des Arbeitsmilieus dar:

„Eine der wesentlichen Grundlagen jedes Kulturstaates ist die Anerkennung des Rechtes auf Arbeit und auf den Schutz der Arbeitskraft für jeden Menschen. Der Zugang zu den Quellen der Bildung und zu den Schöpfungen der Kultur steht nur dann allen Menschen wirklich gleichberechtigt offen, wenn die Möglichkeit der vollen Entfaltung jeder Arbeitskraft besteht und sie vor Ausbeutung geschützt wird, entgegen den Gefahren einer mechanisierenden Arbeit, die den Menschen stumpf und müde macht, sind in den Betrieben zweckentsprechende kulturelle Einrichtungen zu schaffen und zu fördern.“⁷⁸

Progressive Ansätze, die in der damaligen Situation durchaus der kulturpolitischen Aufgabenstellung entsprachen, fanden sich u. a. auch in den Forderungen nach

— einer lebensnahen Kunst, die den Bedürfnissen der Menschen Rechnung trägt und demgemäß vom Künstler zu gestalten ist;

76 Text in: ebenda, Durchschrift des Kulturprogramms

77 Ebenda, Durchschrift des Kulturprogramms, S. 2

78 Ebenda, S. 9

- der Pflege der Volkskunst;
- einem Theater, das ebenso wie Film und Funk dazu beitragen müsse, das ethische und ästhetische Bewußtsein der Menschen zu stärken;
- einem Verlagswesen, das seiner besonderen kulturellen Verantwortung in Anbetracht seiner Traditionen gerecht wird;
- Wiederaufbau und Pflege kulturhistorisch wertvoller Bauwerke sowie einer modernen, zweckmäßigen Architektur.

Demgegenüber enthält das Programm aber eine ganze Reihe von Formulierungen, die falsch bzw. mißverständlich sind und so den kulturpolitisch reaktionären Kräften in der Partei die Möglichkeit gaben, unter Berufung auf dieses Kulturprogramm ihre feindliche Politik zu betreiben.⁷⁹ Hier seien u. a. erwähnt:

- der Versuch, eine spezifisch christliche Definition der Kultur zu „konstruieren“, um damit die Rechtfertigung zu haben, für die CDU ein eigenes kulturpolitisches Ziel abzuleiten, das darin bestehen sollte, „Lebensformen zu entwickeln, die geeignet sind, den selbständig denkenden, Gott verpflichteten Menschen zu bilden, der bereit und fähig ist, die ihm gegebenen geistigen und körperlichen Anlagen und Kräfte in wahrer innerer Freiheit zu einem Höchstmaß zu entfalten ...“⁸⁰ (Die Gefährlichkeit einer solchen Interpretation liegt vor allem darin, daß hier von vornherein eine Ein- und Abgrenzung der Kultur⁸¹ erfolgt, die letztlich dar-

79 Die reaktionäre Haltung kommt u. a. auch in einem redaktionellen Artikel der „Neuen Zeit“ unter der Überschrift „Arbeit für Deutschlands Zukunft / Auftakt der Eisenacher Kulturtagung / Christentum – Maßstab und Richtschnur der Union“ zum Ausdruck. Es heißt dort: „Der wichtigste und bedeutsamste Gewinn dieser kulturpolitischen Tagung in Eisenach läßt sich bereits... klar erkennen und festlegen: Es ist der Wille der CDU, zu einer starken und selbständigen Kulturpolitik (Hervorhebung vom Verf.) im Geiste des Christentums zu kommen, zu einem Aktivismus, der in kulturellen Dingen keine Kompromisse (Hervorhebung vom Verf.) schließen kann und will.“ (zit. nach: „Neue Zeit“, Nr. 147 vom 26. 6. 1949, S. 1)

80 Zit. nach: CDU-Archiv, Kulturtagung in Eisenach 1949, a. a. O., Durchschrift des Kulturprogramms, S. 1

81 „Der Kulturbegriff des Marxismus-Leninismus faßt die materiellen und geistigen Erzeugnisse menschlicher Arbeit als Ergebnis der die natürliche und soziale Umwelt verändernden Praxis, erfährt den Prozeß der Entwicklung und Vervollkommnung des Menschen als eines durch seine schöpferische Tätigkeit gesellschaftlichen, d. h. menschlichen Menschen sowie seine Befreiung von jedweder Spontaneität im Hinblick auf die Natur, die Gesellschaft und das Denken, bringt gleichsam den Entwicklungsgrad der Freiheit des Menschen zum Ausdruck.“ (zit. nach: Philosophisches Wörterbuch, hrsg. von Georg Klaus und Manfred Buhr, Leipzig 1964, S. 303)

auf hinausläuft, daß nur der im christlichen Glauben stehende Mensch Schöpfer wahrer Kulturwerte sein kann. Kultur wird hier also fälschlich mit christlicher Lebenshaltung identifiziert);

- die Behauptung, daß Kultur nach eigenen Gesetzen wachse, womit eindeutig der zwischen der gesellschaftlichen Entwicklung und der Kultur bestehende Zusammenhang geleugnet wurde;
- die Ablehnung einer „gesetzlichen Arbeitsverpflichtung“ der Frau über den Rahmen der Familie hinaus, was gleichbedeutend mit einer Ablehnung der Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens ist;
- die völlige Negierung der Rolle der Jugendorganisation bei der Erziehung der Jugend.

Trotz dieser erheblichen ideologischen Unklarheiten in dem erwähnten Eisenacher Kulturprogramm ist nicht in Abrede zu stellen, daß beispielsweise ein Kulturpolitiker wie Prof. D. Erich Fascher – einer der Mitverfasser des Programms – persönlich von dem subjektiv ehrlichen Willen erfüllt war, im progressiven Sinne zu einer demokratischen Kulturpolitik beizutragen. So erklärte er in seiner Ansprache beim Festakt auf der Wartburg in realer Einschätzung der neuen Verhältnisse:

„... gerade die ernstesten Christen in Deutschland ... müssen einsehen lernen, daß man ... die christliche Weltanschauung nicht jedem mehr zumuten kann.“⁸²

Mit aller Entschiedenheit wies er zugleich die demagogische These von der „Rettung der abendländischen Kultur“ zurück.

Im krassen Widerspruch zu dem Willen vieler Mitglieder, mit ihrer Arbeit aktiv Anteil an der geistigen Umwälzung zu nehmen, standen allerdings die beiden Referate von Prof. Gerhard Stammer und Dr. Karl Buchheim⁸³ auf dieser Tagung, die den westlichen Spaltungsplänen ideologische Schützenhilfe leisteten.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß es sich bei der Eisenacher Kulturtagung ebenso wie bei dem Kulturprogramm

82 Zit. nach: CDU-Archiv, Kulturtagung in Eisenach 1949, a. a. O., lfd. S. 51

83 Näheres dazu s. Rolf Börner, Der Antikommunismus – ein Hauptbestandteil der modernen bürgerlichen Ideologie. Über einige antikommunistische Tendenzen auf der Eisenacher Kulturtagung der CDU 1949, in: Als Christen dem Sozialismus verpflichtet, Eine Veröffentlichung aus Anlaß des 10. Gründungstages der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“, hrsg. von der Parteileitung der CDU, 1961, S. 74 ff.

trotz einer Reihe progressiver Forderungen lediglich um ein notwendiges Durchgangsstadium auf dem Wege der Formierung aller fortschrittlichen Kräfte in der Partei handelt.

3.2. Die Aussagen des 4. Parteitages (1949) zur Eisenacher Kulturtagung

Auf dem 4. Parteitag (12./13. November 1949 in Leipzig) bekannte Otto Nuschke:

„Die Deutsche Demokratische Republik hat nicht nur das politische Gesicht eines friedlichen und demokratischen Deutschlands geformt“,

sondern es

„... wurde einer Entwicklung der Weg geebnet, die uns ungeahnte Perspektiven eröffnet hat.“⁸⁴

Das trifft gleichermaßen auch für den geistig-kulturellen Bereich zu. Unter Führung der Partei der Arbeiterklasse hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt bereits wesentliche Züge einer demokratischen, antiimperialistischen Kultur herausgebildet. Im Mittelpunkt der Kulturpolitik der SED stand der Kampf um den Frieden, die demokratische Einheit Deutschlands und die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung.⁸⁵

Ursprünglich war vorgesehen, auf dem Leipziger Parteitag das parteipolitische Programm der CDU zu verabschieden, das zuvor von einem besonderen Programmausschuß im Entwurf vorbereitet worden war und das sich in seinem kulturpolitischen Teil⁸⁶ im wesentlichen auf das Eisenacher Kulturprogramm stützte. Wegen der großen politischen Bedeutung, die der Bildung der DDR zukam, und der vorrangigen Behandlung dieses geschichtlichen Ereignisses auf dem Parteitag wurde jedoch die Erörterung des Parteiprogramms von der Tagesordnung abgesetzt. Dennoch blieben die kulturpolitischen Fragen diesmal nicht ausgeklammert. Eine dem Plenum vorliegende Entschließung empfahl, die in Eisenach angenom-

84 Zit. nach: CDU-Archiv, 4. Parteitag der CDU, stenogr. Protokoll, lfd. S. 11 f.

85 S. dazu Entschließung des III. Parteitages der SED (20.–24. 7. 1950 in Berlin), Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, hrsg. vom ZK der SED, Bd. III, Berlin 1952, S. 114–120

86 Text des Entwurfs (als Vorlage für den Hauptvorstand) in: CDU-Archiv, Hauptvorstandssitzungen 1949–1952, Protokolle, Sitzung des Programm-Ausschusses am 17. 9. 1949, Protokollausfertigung vom 19. 9. 1949 unter dem Kurzzeichen V/Bü., lfd. S. 7–16, Abschnitt „Kultur“ lfd. S. 8/9

mene Fassung des Kulturprogramms der CDU zu bestätigen, was einstimmig geschah. In seiner Begründung zu dieser Entschließung wies Prof. Fascher noch einmal darauf hin, daß es nun die wichtigste Aufgabe sein müsse, dieses Programm allen Mitgliedern zugänglich zu machen und es in den Parteiverbänden eingehend zu diskutieren.

In der Aussprache zeigte sich jedoch wiederholt an der ideologischen Widersprüchlichkeit in den Auffassungen der Diskussionsredner zu diesem Kulturprogramm, daß schon dessen Text so gehalten war, daß er verschiedene Interpretationsmöglichkeiten zuließ. Es ist zweifellos progressiv, wenn Pfarrer Helmut Mehnert, damals Mitglied des erweiterten Hauptvorstandes, erklärte:

„Wir haben als Christlich-Demokratische Union die Aufgabe, uns in die gesellschaftliche Neuordnung einzuschalten als Aktivisten und nicht in der Opposition zu bleiben, auch nicht in einer versteckten.“⁸⁷

Seine Forderung, daß Schule und Jugendorganisation bei der Erziehung der Jugend keine „Vorrangstellung“ im Verhältnis zur Kirche eingeräumt werden dürfe, ließ sich aber von der klerikalen Reaktion des Westens auch in ihrem Sinne ausdeuten, selbst wenn er gleich anschließend darauf verwies, daß ein „Gegenspiel zwischen Marxismus und Christentum“⁸⁸ ausgeschaltet werden muß, weil daraus nur der westdeutsche Separatstaat politischen Profit daraus ziehen würde.

Wie sehr gerade die Referate von Stammler und Buchheim dazu angetan waren, durch ihre pseudowissenschaftliche Darstellung des Zusammenhangs von Natur- und Geschichtswissenschaft mit dem christlichen Glauben Verwirrung zu stiften, zeigte sich beispielsweise auch in dem Diskussionsbeitrag von Käthe Heidenberger, Mitglied des Hauptvorstandes und des Kulturpolitischen Ausschusses. Nach ihren Worten handelte es sich bei den erwähnten Referaten um eine „Überprüfung der Frage, welchen Platz das Christentum im Weltbild der Naturwissenschaften einzunehmen habe“, mit dem Resultat, daß im „Kulturprogramm ... alle grundsätzlichen Gedanken als Fundament verankert“⁸⁹ wurden. Daß diese „Überprüfung“ im Grunde aber nichts anderes als eine Revision der marxistischen Lehre von Natur und Gesellschaft sein sollte, kam ihr offensichtlich nicht zu Bewußtsein.

87 Zit. nach: CDU-Archiv, 4. Parteitag der CDU, stenogr. Protokoll, lfd. S. 124

88 Ebenda

89 Ebenda, lfd. S. 128

Wesentlich unverhüllter als auf philosophische Fragen konzentrierten sich die Angriffe der innerparteilichen Reaktion, zu deren Wortführern der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Volkskammer Gerhard Rohner ebenso wie Hugo Hickmann gehörten, gerade auf diesem Parteitag auf aktuellpolitische Fragen, die in engem Zusammenhang mit der kurz zuvor gegründeten DDR standen, in der „alle guten Traditionen unseres Volkes, die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse und die humanistischen Ideen des Bürgertums“⁹⁰ Verwirklichung gefunden hatten. Die in offener Auseinandersetzung mit diesen reaktionären CDU-Politikern und ihren Anhängern von den Vertretern des Fortschritts – wie Otto Nuschke, Gerald Götting, August Bach, Dr. Reinhold Lobedanz und Luitpold Steidle – durchgesetzte politische Entschließung entsprach ohne Zweifel dem Willen der Mehrheit der CDU-Mitglieder. Dort heißt es:

„Im vollen Bewußtsein der für unser ganzes deutsches Volk geschichtlich bedeutenden Stunde bekennt sich die Christlich-Demokratische Union zur Deutschen Demokratischen Republik. Sie ist entschlossen, auf der Grundlage der in der Verfassung verankerten politischen und gesellschaftlichen Ordnung treu mitzuarbeiten ...

Dem Programm der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stimmt die Union voll und ganz zu.“⁹¹

4. Die Hinwendung der CDU zu einer fortschrittlichen deutschen Kulturpolitik in Vorbereitung und Durchführung des 5. Parteitages (1950)

Im Verlauf des letzten umfassenden Kampfes gegen die innerparteiliche Reaktion, der im wesentlichen im Spätsommer 1950 abgeschlossen war, vollzog sich die weitere Konsolidierung in den Reihen der fortschrittlichen CDU-Mitglieder. In den „Thesen zur Geschichte der CDU“ heißt es dazu:

„Die Erklärung des Politischen Ausschusses am 28. Januar 1950⁹² verpflichtete alle Parteimitglieder zu demokratischem Handeln und zum aktiven Kampf gegen die Feinde der DDR.

90 Zit. nach: Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1965, S. 234

91 Zit. nach: CDU-Archiv, 4. Parteitag der CDU, stenogr. Protokoll, Iff. S. 159

92 Text in: Dokumente der CDU (Bd. I), a. a. O., S. 45 ff.

Am 21. Februar 1950 rief der Politische Ausschuss⁹³ alle Unionsfreunde auf, die Nationale Front, deren Ausschüsse sich zu diesem Zeitpunkt neu bildeten, zu stärken und allen Versuchen zur Störung ihrer Arbeit mit Entschiedenheit entgegenzutreten.“⁹⁴

Diese beiden Entschließungen gaben dem progressiven Handeln vieler christlicher Demokraten die richtige Orientierung – die fortschrittsfeindlichen Kräfte in der Partei wurden immer mehr isoliert und schließlich aus der CDU entfernt.

Auf geistig-kulturellem Gebiet hatte zu dieser Zeit die „Verordnung zur Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des deutschen Volkes und zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz“ vom 16. März 1950⁹⁵ programmatische Bedeutung. In der Einleitung zu dieser Verordnung heißt es:

„Zum ersten Male in der Geschichte Deutschlands wurde der Weg beschritten, Wissenschaft und Kunst in den Dienst eines einigen, friedlichen, demokratischen Deutschlands zu stellen und die Kulturgüter zum Besitz des ganzen Volkes zu machen.“⁹⁶

Unter Hinweis auf die Regierungserklärung des damaligen Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 12. Oktober 1949 wurde weiter ausgeführt, daß es die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik als ihre patriotische Pflicht ansah, das begonnene Werk der demokratischen Erneuerung der deutschen Kultur fortzuführen und „im Gegensatz zum Kulturverfall im Westen die deutsche Kultur zur reichen Entfaltung zu bringen“⁹⁷. Weiter wurde festgestellt:

„Die Kulturarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik erhielt ihre unmittelbare Aufgabenstellung durch die in der Volkskammer gebilligte Regierungserklärung und durch den Volkswirtschaftsplan für 1950. Sie gilt in erster Linie den schaffenden Menschen, die den nationalen Wiederaufbau und die gesellschaftliche Erneuerung Deutschlands tragen.“⁹⁸

Während im Westen die vom amerikanischen Imperialismus verbreiteten kosmopolitischen Tendenzen das nationale Kulturbewußtsein immer mehr gefährdeten, erwies sich einzig und allein die DDR als Ausgangspunkt einer neuen deutschen nationalen Kultur. Davon zeugten u. a. die Feierlichkeiten zum

93 Ebenda, S. 48 ff.

94 Zit. nach: Dokumente der CDU, Bd. VI, a. a. O., S. 90

95 Text in: Gesetzblatt der DDR, Nr. 28 vom 23. 3. 1950, S. 185–190

96 Ebenda, S. 185

97 Ebenda, S. 186

98 Ebenda

Goethe-Jahr 1949, zum Bach-Jahr 1950 ebenso wie die am 24. März 1950 erfolgte Gründung der Deutschen Akademie der Künste zu Berlin, die vorrangig dem Zwecke dienen sollte, die humanistischen Werte deutscher Kultur den breiten Massen des werktätigen Volkes zu erschließen.

Mit dem Beschluß über den ersten Fünfjahrplan, dem wichtigsten Dokument des III. Parteitages der SED (20. bis 24. Juli 1950 in Berlin), war das Programm zur weiteren gesellschaftlichen Entwicklung im ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat konzipiert, das in der EntschlieÙung⁹⁹ des 5. Parteitages der CDU (15. bis 17. September 1950 in Berlin) ungeteilte Zustimmung fand.

Dieser Parteitag trug „den Charakter einer großen, von Optimismus erfüllten Kampfberatung der Delegierten der ehrlichen, fortschrittlichen Mitglieder“¹⁰⁰, die den innerparteilichen Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion endgültig zu ihren Gunsten entscheiden konnten. Hierzu heißt es in der EntschlieÙung u. a.: „In christlicher Verantwortung bekennt sich die Union zum Sozialismus“, oder an anderer Stelle: „Als christliche Demokraten sind wir entschlossen, an der Gestaltung eines neuen Zeitalters mitzuwirken ...“

Unmißverständlich erklärte deshalb auch Luitpold Steidle, damaliger Minister für Arbeit und Gesundheitswesen der DDR, zu dem vom politischen Klerikalismus oft zitierten „Abendland“-Begriff in seinem Diskussionsbeitrag „Zur geistigen Situation unserer Zeit“ auf dem Parteitag:

„Man kann die Behauptung nicht anerkennen, man müsse die abendländische Kultur verteidigen ... weil im Osten eine furchtbare Gefahr droht. Der Begriff ‚abendländische Kultur‘ paÙt nicht ins 20. Jahrhundert.“¹⁰¹

Wenn Steidle an anderer Stelle sagte:

„... dieser Parteitag muß für uns und für viele andere, die heute nicht hier sind, die aber behaupten, zu uns zu gehören, endlich der Schlußstrich, auch nur mit einem leisen Liebäugeln mit den Ideen, die man aus dem Westen an uns heranzutragen versucht, sein“¹⁰²,

99 S. Dokumente der CDU (Bd. I), a. a. O., S. 76

100 Zit. nach: Dokumente der CDU, Bd. VI, a. a. O., S. 92

101 Zit. nach: Christen, kämpft für den Frieden!, Gesamtbericht über die 5. Jahrestagung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vom 15. bis 17. September 1950 in Berlin, hrsg. von der Hauptgeschäftsstelle der CDU, Berlin, S. 56; CDU-Archiv, 5. Parteitag der CDU, stenogr. Protokoll, lfd. S. 46 (für den gedruckten Bericht erfolgten geringfügige redaktionelle Änderungen)

102 Ebenda, S. 52; CDU-Archiv, 5. Parteitag der CDU, stenogr. Protokoll, lfd. S. 41 f. (auch hier wurde für den Druck der Text stilistisch redigiert)

so war das auch für alle in der kulturpolitischen Arbeit stehenden CDU-Mitglieder von richtungweisender Bedeutung.

Prononciert erklärte der damalige Generalsekretär Gerald Götting in seinem Referat auf dem 5. Parteitag:

„... wir dürfen als Christen nicht zulassen, daß mit dem Namen des Christentums Mißbrauch getrieben wird, daß man die Christen zum Vorspann des USA-Imperialismus macht und die Weltöffentlichkeit mit religiösen Motiven vernebelt, als gelte es, einen heiligen Kreuzzug gegen den Bolschewismus vorzubereiten. Nicht für das Christentum wollen die USA kämpfen und Millionen Menschen der Welt sterben lassen, sondern lediglich für die nackten Zahlen der Gewinne der Aktionäre und ihrer Interessenten.“¹⁰³

Bereits einen Tag vor Eröffnung des Parteitages, am 14. September 1950, hatte der Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses Dr. Gerhard Desczyk auf einer Sitzung dieses Gremiums erklärt, daß man die kulturpolitische Arbeit der Partei nicht für sich allein betrachten dürfe, sondern sie stets im Rahmen der politischen Stellung und Haltung der CDU sehen müsse.¹⁰⁴ Deshalb sei es auch nicht angängig, erläuterte er weiter, daß man den Schwerpunkt in der kulturpolitischen Arbeit der CDU darin sehe, gegensätzliche Auffassungen für sich zu entscheiden, vielmehr müsse es darauf ankommen, die Arbeit an den im Demokratischen Block gemeinsam gefaÙten Beschlüssen auszurichten.

Anschließend begründete Dr. Desczyk die EntschlieÙung des Kulturpolitischen Ausschusses, die den Tagungsteilnehmern im Entwurf vorlag. Damit war erstmalig eine Vorlage erarbeitet worden, die nach Inhalt und Aussage den Erfordernissen des Übergangs zur sozialistischen Kulturrevolution Rechnung trug. Es wird dort gesagt:

„Die Verordnung zur Entwicklung einer fortschrittlichen deutschen Kultur bildet die Grundlage der Kulturarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Christlich-Demokratische Union macht es allen ihren Mitarbeitern, insbesondere den Trägern öffentlicher Ämter und Mandate zur Pflicht, durch Entfaltung einer starken örtlichen Initiative in ihrem Arbeitsbereich alles Menschenmögliche zur Verwirklichung der großen Zielsetzungen dieser Verordnung zu tun.“¹⁰⁵

103 Zit. nach: CDU-Archiv, 5. Parteitag der CDU, stenogr. Protokoll, lfd. S. 103 f.

104 S. CDU-Archiv, Hauptvorstandssitzungen 1949–1952, Protokolle, Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 14. 9. 1950, lfd. S. 207

105 Ebenda, EntschlieÙungsentwurf (Vorlage für die Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 14. 9. 1950), lfd. S. 202

Während in der Vergangenheit die Kulturpolitik der CDU unter dem Einfluß imperialistischer Kulturideologie (wie sie beispielsweise von Hickmann, Tillmanns, Prof. D o v i f a t oder Prof. Tiburtius propagiert wurde) zu der von der SED vertretenen kulturpolitischen Zielsetzung eine mehr als zwiespältige Haltung eingenommen hatte, wurde nun – unter Hinweis auf die neuen Aufgaben der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Künste – in dem bereits erwähnten Entschließungsentwurf eindeutig erklärt:

„Diese groß gedachte Planung einer demokratischen Erneuerung der deutschen Kultur gewinnt besondere Bedeutung durch die Überfremdung Westdeutschlands mit Büchern und Filmen, die eine Abwendung von den wahren Werten des deutschen Kulturerbes zur Folge haben.“¹⁰⁶

Hierin zeigte sich die volle Übereinstimmung mit der in der erwähnten Kulturverordnung der DDR getroffenen Feststellung, daß das geistig-kulturelle Leben Westdeutschlands von neofaschistischer Kulturreaktion und Dekadenz geprägt wird, während demgegenüber in der DDR die fortschrittlichen kulturellen Traditionen des deutschen Volkes bewahrt und weiterentwickelt werden. Nachdem in dem Entschließungsentwurf – ebenfalls in Einklang mit der Kulturverordnung – auch die besondere Bedeutung der Kulturarbeit in den Betrieben und auf dem Dorfe hervorgehoben worden war, schloß dieser mit der Aufforderung an alle Unionsfreunde, „in ihrem Arbeitsbereich an der Förderung der deutschen Kultur tatkräftig mitzuarbeiten“.

Unter diesem Aspekt gewannen die Aussagen zur Kulturpolitik in der Entschließung des Parteitages eine völlig neue Qualität. Unter der Überschrift „Die Erneuerung der deutschen Kultur“ heißt es u. a.:

„Aus ihrer geschichtlichen Verantwortung heraus und aus dem ihr eigentümlichen Gesetz der Sammlung aller Gutwilligen, aus ihrer sittlichen Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft bekennt sich die CDU zu dem Arbeitsbündnis aller demokratischen Kräfte in der Republik, der nichtchristlichen wie der christlichen.“¹⁰⁷

Damit hatte sich endgültig die Erkenntnis durchgesetzt, daß nur in der Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte die Erneuerung der deutschen Kultur im Sinne des Humanismus und des Fortschritts zu vollziehen war.

Auf der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 14. September 1950 hatte Dr. Desczyk bereits gesagt:

¹⁰⁶ Ebenda, lfd. S. 203

¹⁰⁷ Zit. nach: Dokumente der CDU (Bd. I), a. a. O., S. 79

„Je klarer auch für den Außenstehenden und Andersdenkenden erkennbar wird, daß wir nichts Überlebtes mit zeitgemäßen Argumenten verteidigen wollen, sondern uns bemühen, zusammen mit allen fortschrittlichen Kräften etwas wirklich Neues zu gestalten, desto größer wird das Gewicht sein, das wir in die Waagschale zu werfen haben.“¹⁰⁸

5. Die Meißener Arbeitstagung der CDU (1951) – Versuch der theoretischen Grundlegung des Christlichen Realismus

5.1. Kulturpolitische Aspekte der Meißener Arbeitstagung

Auf dem Ersten Deutschen Kulturkongreß (16. bis 18. Mai 1951 in Leipzig), an dem Kulturschaffende der DDR gemeinsam mit Vertretern des westdeutschen Kulturlebens teilnahmen, erklärte Johannes R. Becher in seiner programmatischen Rede:

„Was hier in der Deutschen Demokratischen Republik getan wird, ist nicht nur eine Hebung des weltanschaulichen, des künstlerischen Niveaus, bedeutet nicht nur eine materielle Besserstellung der Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler, sondern es handelt sich bei den Maßnahmen unserer Regierung...um nichts Geringeres als um eine Kulturrevolution (Hervorhebung vom Verf.).

Diese Kulturrevolution besteht u. a. darin, daß in einem weitgehenden Maße versucht wird, den Unterschied zwischen der Intelligenz und dem Volke aufzuheben ... Der Unterschied ... wird ... überwunden dadurch, daß eine neue Intelligenz aus Arbeitern und Bauern sich bildet, eine geistige Elite, unmittelbar verbunden mit dem Schaffensgrund unseres Lebens, dem werktätigen Volk ...

Ein weiteres Kennzeichen ist, daß ein neuer gesellschaftlicher Auftraggeber (Hervorhebung vom Verf.), nämlich das Volk selber, in Erscheinung tritt und weitestgehend die Art und Weise der Kunsterzeugnisse bestimmt.“¹⁰⁹

Der Hinweis Bechers, daß die deutschen Kulturschaffenden nicht – wie aus durchsichtigen Zweckgründen von der Reak-

¹⁰⁸ Zit. nach: Christen, kämpft für den Frieden!, a. a. O., S. 313 ff.

¹⁰⁹ Zit. nach: „Neue Zeit“, Nr. 110 vom 17. 5. 1951, S. 3

tion propagiert wurde – „im Konflikt zwischen Europa und einem Nichteuropa, zwischen Ost und West, zwischen Abendland und Morgenland, zwischen christlicher Welt und Heidentum“ stehen, sondern „Krieg oder Frieden“ die Frage ist, „in der es sich zu entscheiden gilt“¹¹⁰, richtete sich zugleich auch an alle christlichen Demokraten in der DDR, da ihnen die Erhaltung des Friedens gleichsam schon von ihrem Glauben her geboten war.

Eine weitere wesentliche Etappe auf dem Wege der Selbstverständigung der fortschrittlichen Kräfte in der Partei wurde deshalb mit der vom Wissenschaftlichen Arbeitskreis¹¹¹ vorbereiteten Arbeitstagung der CDU (19. bis 21. Oktober 1951 in Meißen) eingeleitet.¹¹² Otto Nuschke schrieb wenige Tage vor Konferenzbeginn in der „Neuen Zeit“, daß es Aufgabe der Tagung sei,

„... die theoretische Grundlage der Partei zu festigen und die praktischen Aufgaben der Partei in grundsätzlicher Klarheit zu prüfen.“¹¹³

In seinem Referat „Grundlegung des Christlichen Realismus“ präziserte der damalige Generalsekretär Gerald Götting die Zielstellung der Tagung noch weiter, indem er erklärte:

„Es geht ... um die Selbstbesinnung des Christentums, um die Bestimmung des christlichen Standortes unter den politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten des Heute und des Morgen, d. h. um den Inhalt der politischen Arbeit des Christen in unserer Zeit beim Aufbau einer neuen Ordnung des Zusammenlebens der Menschen untereinander.“¹¹⁴

Betrachtet man in diesem Zusammenhang Göttings Ausführungen über den Christlichen Realismus und die Verkündung der 22 Thesen des Christlichen Realismus, so sind diese durchaus als Versuch zu werten, das politische Tatbekenntnis christlicher Demokraten theoretisch zu fundieren.

In den „Thesen zur Geschichte der CDU“ wird dazu gesagt:

¹¹⁰ Ebenda

¹¹¹ Auf dem 5. Parteitag wurde der Beschluß gefaßt, den bis dahin bestehenden Arbeitskreis „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ zu einem „Wissenschaftlichen Arbeitskreis der CDU“ zu erweitern. Aufgabe dieses Arbeitskreises sollte es sein, alle für die Arbeit der Partei grundsätzlichen Fragen wissenschaftlich zu untersuchen und dem Hauptvorstand die Ergebnisse zu unterbreiten. (s. Christen, kämpft für den Frieden!, a. a. O., S. 292)

¹¹² Vgl. dazu Gerhard Fischer, a. a. O., S. 60 ff.

¹¹³ „Neue Zeit“, Nr. 342 vom 18. 10. 1951, S. 3

¹¹⁴ Zit. nach: Christlicher Realismus (Broschüre), hrsg. vom Union Verlag GmbH, Berlin, S. 5

„Die Thesen des Christlichen Realismus spielten in der Entwicklung unserer Partei insofern eine positive Rolle, als sie den Nachweis erbrachten, daß der Inhalt der christlichen Botschaft und die Lehren der Geschichte den Christen verpflichten, die ihm aufgetragene Verantwortung für den Frieden und für das Wohl des Nächsten in tätigem Einsatz für eine menschenwürdige Ordnung der Gesellschaft zu bewähren. Damit wollten die Thesen Anleitung zum Handeln im Sinne des Friedens, der Demokratie und der gesellschaftlichen Weiterentwicklung sein.“¹¹⁵

Gleichzeitig wird dort aber auch kritisch eingeschätzt, daß sich bei der Diskussion über die Thesen des Christlichen Realismus in der Partei

„... die Gefahr dogmatischer Verengung und einer Ablenkung mancher Freunde von der praktischen politischen Arbeit“¹¹⁶ zeigte.

Wenn auch die kulturellen Fragen auf dieser Tagung nicht im Vordergrund standen, sollte die Diskussion um den Christlichen Realismus – nach der in der 1. These gegebenen Definition eine „Lebenshaltung, in der die Christen aus ihrem Glauben heraus das Leben und die Welt sehen, beurteilen und handelnd gestalten“¹¹⁷ – doch letztlich dazu beitragen, die Kulturpolitik der Partei ebenfalls neu zu durchdenken. In dem bereits erwähnten „Neue-Zeit“-Artikel vom 18. Oktober 1951 betonte Otto Nuschke zwar, daß dem 1949 in Anbetracht der wachsenden Gefahr der Spaltung Deutschlands entstandenen Eisenacher Kulturprogramm mit seinem Bekenntnis zu einem unteilbaren deutschen Kulturerbe ein ehrenvoller Platz in der Parteigeschichte zukomme, wies aber zugleich darauf hin, daß es manche Formulierungen enthalte, die inzwischen veraltet erschienen.

Davon ausgehend, daß das gesellschaftliche Leben mit all seinen Bereichen eine Einheit bildet und daß die gesellschaftliche Wirklichkeit politischen Charakter hat, erklärte Staatssekretär Dr. Heinrich Toeplitz in seinem Referat „Christlicher Realismus und der Lebenskampf unseres Volkes“ auf der Meißener Tagung dann auch u. a.:

¹¹⁵ Zit. nach: Dokumente der CDU, Bd. VI, a. a. O., S. 97

¹¹⁶ Ebenda

¹¹⁷ Text der Thesen des Christlichen Realismus in: Christlicher Realismus (Broschüre), a. a. O., S. 81–92; überarbeitete Fassung in: 6. Parteitag, 18. bis 18. Oktober, Berlin 1952, Protokoll, hrsg. von der Parteileitung der CDU, Berlin, S. 367–373 – Die Thesen wurden, nachdem sie der Wissenschaftliche Arbeitskreis nach Prüfung aller Abänderungsvorschläge vorgelegt und der Politische Ausschuß gebilligt hatte, auf dem 6. Parteitag der CDU bestätigt.

„Wir kämpfen um eine nationale Kultur, die aufbaut auf dem wertvollen Erbe der deutschen Vergangenheit, neue realistische Schöpfungen hervorbringt und mit deren Entwicklung alle Tendenzen zu Kosmopolitismus, Schund und Kulturverwilderung aus Deutschland und aus dem Bewußtsein unseres Volkes verschwinden.“¹¹⁸

Nachdrücklich unterstrich Toeplitz an anderer Stelle, daß für den christlichen Realisten der Kampf um die nationalen Interessen des deutschen Volkes – der auch den Kampf um die Schaffung einer nationalen, demokratischen Kultur impliziert – und der dem Christen von Gott übertragene Auftrag, in dieser Welt seine Pflicht zu erfüllen, einander nicht ausschließen. Damit war den christlichen Demokraten eine klare Orientierung gegeben, vor allem auch für ihre Zusammenarbeit mit den nichtchristlichen demokratischen Kräften.

Bezugnehmend auf die Entschließung des 5. Parteitag, in welcher die kulturpolitische Aufgabenstellung für die Partei umrissen worden war, kam Toeplitz schließlich zu der Feststellung, daß sich die Partei zwar mit einer ganzen Reihe kulturpolitischer Einzelfragen beschäftigt hatte, darüber aber die Weiterentwicklung grundsätzlicher Erkenntnisse seit der Eisenacher Kulturtagung von 1949 vernachlässigt wurde. In diesem Zusammenhang sagte er:

„Es erscheint notwendig, vom Standpunkt des christlichen Realismus aus das Eisenacher Kulturprogramm zu überprüfen und eine klare Abgrenzung gegenüber allen idealistischen Auffassungen zu vollziehen. Diese klärende Arbeit, die die Voraussetzung für ein aktives Hervortreten unserer Partei in den kulturellen Gegenwartsfragen darstellt, wird eine wichtige Aufgabe der hierzu berufenen Parteiorgane sein.“¹¹⁹

Die anschließend von ihm genannten wichtigsten Probleme der Kulturpolitik lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- verstärkte Pflege des kulturellen Erbes mit dem Ziel, es den breiten Massen des Volkes zu erschließen (als Lehrspiel in dieser Richtung wurde die Sowjetunion erwähnt);
- Einbeziehung des werktätigen Volkes in die aktive Mitgestaltung des kulturellen Lebens, von der es unter der Ausbeutergesellschaft fast völlig ausgeschlossen war;
- kämpferische Auseinandersetzung mit den kulturfeindlichen Formen des Kosmopolitismus und Formalismus in Westdeutschland;

¹¹⁸ Zit. nach: Christlicher Realismus (Broschüre), a. a. O., S. 62 f.

¹¹⁹ Ebenda, S. 78

- Entwicklung einer realistischen Nationalkultur in Deutschland.

Bemerkenswert ist, daß Toeplitz damit im wesentlichen auf diejenigen Probleme verwies, die auf der 5. Tagung des Zentralkomitees der SED (15. bis 17. März 1951) zur Diskussion standen und zu deren Lösung nach seiner Meinung auch die CDU beizutragen hatte. Diese Tagung, auf welcher der Beschluß „Der Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur, für eine fortschrittliche deutsche Kultur“¹²⁰ gefaßt worden war, hatte herausgearbeitet, daß die Überwindung spätbürgerlicher Dekadenz¹²¹ eine historisch notwendige Vorbedingung für die Herausbildung einer realistischen Kunst ist, und zugleich Maßnahmen festgelegt, um die Entwicklung einer sozialistischen Kunst und Kultur weiter voranzutreiben.¹²²

Aus den Thesen des Christlichen Realismus selbst ließen sich allerdings nur indirekt Schlußfolgerungen für die kulturpolitische Arbeit der Partei ableiten, so etwa aus den Thesen 19 und 21, in denen es heißt, daß sich die CDU zur sozialistischen Erneuerung der Gesellschaft bekennt und daß sie Einheit und Frieden als unabdingbare Voraussetzungen für die Existenz des deutschen Volkes betrachtet.¹²³ Eindeutig stellte Gerald Götting in einem Beitrag für die „Neue Zeit“ unter der Überschrift „Bedeutung der Arbeitstagung von Meißen“ fest, daß der Christliche Realismus nicht als Gegensatz zum Marxismus-Leninismus konzipiert wurde, indem er erklärte:

„Der Christliche Realismus ist nicht irgendein Theorem neben anderen, nach dessen absoluter Anerkennung man rufen oder dessen ‚Gleichberechtigung‘ man fordern kann, sondern eine Zurüstung des christlichen Menschen für

¹²⁰ Text in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. III, a. a. O., S. 431–446

¹²¹ Vgl. dazu Kultur in unserer Zeit, a. a. O., S. 91 – Diese vom Westen aus in die DDR eingeschleusten feindlichen Auffassungen stellten die aktive gesellschaftliche Funktion der Kunst bewußt in Abrede.

¹²² S. Entschließung „Der Kampf gegen den Formalismus...“, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. III, a. a. O., S. 442 ff.

¹²³ Eine weitaus bessere Orientierung für die kulturpolitische Arbeit der Partei gaben die Thesen 19, 20 und 21 in der vom 6. Parteitag bestätigten Fassung. Dort heißt es u. a., daß sich die CDU zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, zur Mitarbeit unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei bekennt, daß der planmäßige Aufbau des Sozialismus in der weiteren Entwicklung in eine volksdemokratische Ordnung führt und daß die CDU bereit ist, gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften an der Seite der Sowjetunion für Einheit und Frieden zu kämpfen.

die Bewahrung in der konkreten gesellschaftlichen Realität ...“¹²⁴

Soweit also der Christliche Realismus in diesem Sinne nicht abstrakt-theoretisch ausgedeutet, sondern als praktisches Programm für die Mitarbeit am Fortschritt der menschlichen Gesellschaft aufgenommen wurde, konnte er in der damaligen Zeit von Kulturschaffenden wie Kulturfunktionaren in der CDU durchaus zum Ausgangspunkt ihrer kulturpolitischen Arbeit genommen werden.

5.2. Fehlinterpretationen des Begriffs „Christlicher Realismus“ auf kulturpolitischem Gebiet

Die in Auswertung der Meißener Tagung geführten Diskussionen enthielten jedoch teilweise eine Polemik, die auf eine Verfälschung des Christlichen Realismus hinauslief, wodurch „die Gefahr dogmatischer Verengung und einer Ablenkung mancher Freunde von der praktischen politischen Arbeit“ offenbar wurde, wie in den „Thesen zur Geschichte der CDU“ kritisch festgestellt wird. Zwar wurde in dem Bericht über die Arbeitstagung auf der 7. Sitzung des Hauptvorstandes am 5. November 1951 ausgeführt, da in Meißen mit allen schädlichen Theorien wie der Kreuzzugsparele, dem demagogischen Aufruf zur „Verteidigung des christlichen Abendlandes“, der politischen Abstinenz der Christen und der Konstruktion eines spezifischen „christlichen Sozialismus“ abgerechnet wurde, doch zeigte es sich in der Praxis, da bei verschiedenen Mitgliedern noch immer Tendenzen bestanden, das Trennende zwischen Christentum und Marxismus hochzuspielen, statt auf die Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten zwischen beiden zu orientieren.¹²⁵

Auf kulturpolitischem Gebiet sind derartige antikommunistische, letztlich politisch-ideologisch zersetzende Auffassungen nicht so offenkundig, was darin begründet ist, da es relativ wenig Überlegungen gab, inwieweit die Grundforderungen des Christlichen Realismus für die Kulturpolitik der CDU umsetzbar sind. Sehr zu Recht bemerkte darum der Schriftsteller Karl Reinhold Döderlin in einem von der „Neuen Zeit“ veroeffentlichten Diskussionsbeitrag:

„Ausgehend von der Konkretisierung der ... in Meißen verkündeten 22 Thesen des Christlichen Realismus wird

124 „Neue Zeit“, Nr. 252 vom 30. 10. 1951, S. 3

125 Vgl. dazu Gerhard Fischer, a. a. O., S. 75 f.

es eine der Aufgaben des Wissenschaftlichen Arbeitskreises und seiner für die Kulturpolitik sprechenden Mitglieder sein, die Basis aufzuzeigen, auf welcher eine Anwendung der Thesen auf die schöpferische Tätigkeit kulturschaffender gläubiger Christen möglich ist.“¹²⁶

Ohne die wertvollen Hinweise abzuwerten, die in diesem Diskussionsbeitrag gerade im Hinblick auf die Kulturpolitik der Partei enthalten sind¹²⁷, mu doch festgestellt werden, da auch Döderlin bei dem Versuch, die Meißener Thesen auf die Kunst anzuwenden, den Begriff des „Christlichen Realismus“ mideutete. Obwohl er darlegte, da aus der mancherorts vertretenen Auffassung, der Christliche Realismus sei ein Paradoxon, weil künstlerische Aussagen über das Christentum von Nichtchristen nicht rezipiert werden können und ihnen demnach absurd erscheinen müssen, eine gefährliche Begriffsverschiebung spreche, verfiel er selbst in den Irrtum, den Christlichen Realismus der Theorie des sozialistischen Realismus entgegenzusetzen. Auf den künstlerischen Bereich angewandt, sah er im Christlichen Realismus eine

„... Methode, christliches Sendungsbewutsein für die Aufgaben in der realen Welt vom Kunstwerk her auszusagen, damit der christliche Beitrag zu den groen Aufgaben, die unsere Zeit uns stellt, geleistet werden kann“¹²⁸.

Mit diesem Versuch, den Christlichen Realismus als eine eigenständige künstlerische Schaffensmethode zu interpretieren, erreichte Döderlin einmal genau das Gegenteil von dem, was der Christliche Realismus als „Lebenshaltung“ zum Ausdruck bringen wollte, und zum anderen gaben seine Ausfüh-rungen Anla zu Mideutungen, da die Methode des sozialistischen Realismus von vielen spatburgerlichen „Kulturtheoretikern“ nur allzu oft als eine doktrinäre, kommunistisch gelenkte Kunst verleumdet wird mit dem Ziel, die sozialistische Kulturentwicklung in der DDR zu hemmen bzw. ideologisch zu unterwandern. Einer angeblichen Einengung des Künstlers durch die marxistische Kulturpolitik stellen sie deshalb die Forderung nach „Freiheit für das künstlerische Schaffen“ gegenüber, weil sie auf diese Weise hoffen, auch auf geistig-kulturellem Gebiet Freiheit für ihre konterrevolutionären Theorien zu gewinnen.

126 „Neue Zeit“, Nr. 222 vom 23. 9. 1952, S. 3

127 Döderlin kritisierte beispielsweise die fachwissenschaftliche Enge, in der die Diskussion um die Thesen damals geführt wurde, und schlug vor, sie in den Kreisen der CDU-Mitglieder, wie Künstler, Dramaturgen, Kunsthistoriker, Lektoren, zu aktivieren, die daraus unmittelbaren Nutzen für ihre Arbeit ziehen könnten.

128 Zit. nach: „Neue Zeit“, Nr. 222 vom 23. 9. 1952, S. 3

6. Die Aufgaben der CDU bei der Entwicklung einer sozialistischen deutschen Kultur nach der 2. Parteikonferenz der SED (1952)

Auf der 2. Parteikonferenz der SED (9. bis 12. Juli 1952 in Berlin) analysierte Walter Ulbricht in seinem Referat über „Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der SED“ ausführlich die zwei Wege der Entwicklung in Deutschland und erklärte:

„Die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind ... jetzt so weit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden ist ...

In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus den Reihen der werktätigen Bauern und aus anderen Kreisen der Werktätigen hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen, der II. Parteikonferenz vorzuschlagen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird.“¹²⁹

Der planmäßige Aufbau des Sozialismus in der DDR entsprach nicht nur den Bedürfnissen der ökonomischen Entwicklung und den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, sondern war zugleich eine Alternative zur monopolistisch-militaristischen Herrschaftsform, wie sie sich in Westdeutschland wieder mit Unterstützung ausländischer Imperialisten herausgebildet hatte.

Der Beschluß der 2. Parteikonferenz über die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus war aber auch für die weitere Entwicklung der deutschen Nationalkultur von außerordentlicher Bedeutung, da diese einzig und allein auf der Basis sozialistischer Produktionsverhältnisse garantiert ist. Es heißt dort:

„Das Kulturleben ist durch Pflege des klassischen Erbes, durch die schöpferische Entwicklung eines realistischen Kulturschaffens zur Entfaltung zu bringen. Vor allem sind den Arbeitern, Angestellten und der Intelligenz in den Großbetrieben die bedeutenden Werke der Literatur und Kunst zu vermitteln. Besonders ist die Kulturarbeit im Dorf zu fördern.“¹³⁰

129 Zit. nach: Walter Ulbricht, Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Aus Reden und Aufsätze, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. IV, Berlin 1958, S. 407

130 Zit. nach: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, hrsg. vom ZK der SED, Bd. IV, Berlin 1954, S. 75

Der Hauptvorstand der CDU, der auf seiner Sitzung am 22. Juli 1952 zu dem historischen Beschluß der 2. Parteikonferenz Stellung nahm, erklärte in einer EntschlieÙung vom gleichen Tage:

„Der Hauptvorstand der CDU ist sich der Tatsache bewußt, daß die Ordnung des Sozialismus zugleich die Verwirklichung bedeutender christlicher Anliegen in dieser Welt ermöglicht ...

Die Christlich-Demokratische Union erkennt die führende Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als der Partei der Arbeiterklasse vorbehaltlos an. Sie ist überzeugt, daß der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik nur auf der Grundlage der fortgeschrittenen Wissenschaft von der Gesellschaft, des Marxismus-Leninismus, möglich ist, und sieht deshalb in der Sozialistischen Einheitspartei die führende Kraft im Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus.“¹³¹

Für den Bereich der Kultur heißt es in derselben EntschlieÙung, daß die CDU besondere Aufmerksamkeit „der Erhaltung und Pflege unseres nationalen Kulturerbes, insbesondere der christlichen Kulturgüter“ widmen müsse und sich daraus für die Parteiarbeit große Perspektiven ergeben.¹³²

6.1. Die kulturpolitische Zielstellung der Arbeitstagung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises der CDU in Weimar (September 1952)

Die mit dem Beschluß über die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus eingeleitete neue Etappe in der Geschichte der DDR erwies sich im Laufe der weiteren Entwicklung als entscheidender Stimulus für den kulturellen Fortschritt.

Auf der Tagung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises der CDU am 27. September 1952 in Weimar, die im Hinblick auf die Verabschiedung der Endfassung der Thesen des Christlichen Realismus auf dem 6. Parteitag durchgeführt wurde, spielte deshalb die Kultur auch eine besondere Rolle, da sich für die Partei die objektive Notwendigkeit ergab, unter den neuen Bedingungen zu untersuchen, inwieweit sie mit den

131 Zit. nach: „Union teilt mit“, Nr. 9/1952, S. 1 f.

132 Ebenda, S. 3 – In seinem Referat auf der Sitzung des Hauptvorstandes am 22. 7. 1952 wies Otto Nuschke ebenfalls darauf hin, daß die wertvollen und wesentlichen Elemente des nationalen Kulturerbes bei der Entfaltung der nationalen Kultur in der DDR zur Geltung kommen müssen (s. „Union teilt mit“, Nr. 9/1952, S. 7).

anderen demokratischen Kräften dazu beitragen konnte, das geistig-kulturelle Leben in der DDR entwickeln zu helfen.

Die für solche Überlegungen notwendige Orientierung gab der von Dr. Gerhard Desczyk erstattete Rechenschaftsbericht¹³³, der sich nicht nur mit falschen bzw. feindlichen Auffassungen über den Sozialismus ideologisch auseinandersetzte, sondern zugleich auch das Bekenntnis der CDU zum Sozialismus eindeutig als das „Ergebnis eines ernsten inneren Ringens“¹³⁴ darstellte. Es heißt dort weiter:

„Der Weg zum Sozialismus ist ... zwangsläufig, so wie in vergangenen Jahrhunderten der Weg zum Kapitalismus zwangsläufig war.“

Diese Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung hatte sich zu diesem Zeitpunkt auch bei vielen CDU-Mitgliedern bereits durchgesetzt.

Bezugnehmend auf die Kultur, wird an anderer Stelle des Rechenschaftsberichtes ausgeführt:

„Eine wichtige Aufgabe ... ist die Überprüfung des Kulturprogramms von 1949¹³⁵. Dieses Kulturprogramm war zweifellos damals eine positive Leistung, zumal es den Charakter einer Kundgebung gesamtdeutschen Wollens hatte in einem Augenblick, da der Westen sich anschickte, die Spaltung unseres Vaterlandes in aller Öffentlichkeit zu vollenden. Eine Reihe Forderungen sind inzwischen verwirklicht, einige andere lassen sich unter den heutigen Umständen nicht realisieren ...“

Damit wurde das wiederholt und bekräftigt, was Nuschke und Dr. Toeplitz ein Jahr zuvor in Meißen als dringend erforderlich hervorgehoben hatten. Die Kulturpolitik der Partei

¹³³ Text in: „Neue Zeit“, Nr. 228 vom 30. 9. 1952, S. 3

¹³⁴ Vgl. auch Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 7, Berlin 1966, S. 185 – In diesem Zusammenhang wird dort u. a. festgestellt: „Das Bekenntnis der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien zum Aufbau des Sozialismus unter Führung der Arbeiterklasse war etwas prinzipiell Neues in der Geschichte des deutschen Volkes ... Das Bekenntnis dieser Parteien zum Sozialismus war besonders für die CDU und für die LDPD die Krönung eines sehr schwierigen und langwierigen Prozesses der Klärung und inneren Konsolidierung ... Der Gedanke der Mitverantwortung bei der Stärkung der DDR hatte sich in allen kleinbürgerlich-demokratischen Parteien durchgesetzt.“

¹³⁵ Wie aus einem Bericht des Wissenschaftlichen Arbeitskreises hervorgeht, der am 16. 6. 1952 vom Sekretariat der Parteileitung entgegengenommen wurde, beschloß das Sekretariat u. a. die Bildung eines Arbeitskreises zur Überprüfung des Kulturprogramms der CDU aus dem Jahre 1949 auf der Grundlage der Meißener Thesen mit dem Ziel, ein erweitertes und mit den Thesen abgestimmtes Kulturprogramm dem 6. Parteitag zur Bestätigung vorzulegen (s. „Union teilt mit“, Nr. 8/1952, S. 20), was allerdings nicht realisiert wurde.

mußte künftig vor allem der spezifischen Aufgabenstellung Rechnung tragen, die sich für sie beim Aufbau des Sozialismus ergab und die 1949 noch nicht abzusehen gewesen war – die christlichen Menschen in diese neue Ordnung hineinzuführen.

Der damalige Außenminister Georg Dertinger, der später als Agent westlicher Geheimdienste entlarvt wurde, nutzte diese Tagung jedoch dazu, seine verräterische Politik auch in den kulturellen Bereich hineinzutragen. So erklärte er zu Beginn der Weimarer Tagung scheinbar progressiv,

„... daß es gelte, nun auf allen Gebieten der Kunst, der Wissenschaft, der Literatur, im gesamten Schaffungsbereich der Intelligenz die Folgerungen aus dem Bekenntnis zum Sozialismus abzuleiten“¹³⁶.

Augenfällig ist dabei, daß Dertinger in seinen weiteren Ausführungen nur von dem Beitrag der geistig schaffenden Menschen sprach, auf den sich die Partei stützen müsse, um ihre Aufgaben zu lösen. Damit negierte er ganz offensichtlich die kulturschöpferischen Fähigkeiten der in der Sphäre der materiellen Produktion arbeitenden Werktätigen. Eine solche intellektualistische Elitetheorie richtete sich letztlich gegen die Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, womit Dertinger eindeutig im Widerspruch zu den übrigen Aussagen dieser Tagung stand.

In seiner Einschätzung der ansonsten durchaus positiven Diskussion lenkte Dr. Toeplitz auf der Weimarer Tagung die besondere Aufmerksamkeit des Wissenschaftlichen Arbeitskreises auf die Bedeutung des nationalen Kulturerbes, wobei er nicht allein auf die christlichen Elemente in der Kunst verwies, sondern auch auf das Kulturerbe in der Wissenschaft. Vor allem hob er aber die Notwendigkeit der kämpferischen Auseinandersetzung mit kulturfeindlichen Ideologien und den Versuchen des politischen Klerikalismus hervor, die christliche Botschaft für seine Zwecke herabzuwürdigen.

In diesem Zusammenhang ist der von dem bereits genannten Schriftsteller Karl Reinhold Döderlin nach der Weimarer Tagung in der „Neuen Zeit“ publizierte Artikel unter der Überschrift „Weimar war ein kulturpolitisches Ereignis“ bemerkenswert. Darin distanzierte sich Döderlin weitgehend von seiner vorher vertretenen, durchaus im reaktionären Sinne interpretierbaren Auffassung über die Anwendbarkeit der Thesen auf künstlerischem Gebiet, indem er schrieb, daß die

¹³⁶ Zit. nach: „Neue Zeit“, Nr. 228 vom 30. 9. 1952, S. 1

„... Aufforderung zu einem christlichen Beitrag zur Kunst der Gegenwart selbstverständlich niemals gedacht sein kann als konkurrierendes Manifest zum Sozialistischen Realismus“¹³⁷.

Eine Besinnung auf das kulturelle Erbe beim planmäßigen Aufbau des Sozialismus forderte ähnlich wie Dr. Toeplitz auch das Mitglied des Wissenschaftlichen Arbeitskreises Walter Bredendiek in einem ebenfalls von der „Neuen Zeit“ veröffentlichten Diskussionsbeitrag unter der Überschrift „Christlicher Realismus und kulturelles Erbe“.¹³⁸ Bredendiek führte darin aus, daß unter sozialistischen Verhältnissen der kulturellen Arbeit ganz neue Bahnen eröffnet werden, weil den Kulturschaffenden nicht nur eine geachtete gesellschaftliche Stellung eingeräumt werde, sondern weil ihre Arbeit im Sozialismus erstmalig überhaupt zur vollen Wirksamkeit gelangen könne.

6.2. Aussagen über den Beitrag der CDU zum Aufbau einer sozialistischen Kultur in der DDR auf dem 6. Parteitag (1952)

Auf dem 6. Parteitag (16. bis 18. Oktober 1952 in Berlin) bestätigten die Delegierten einmütig das Bekenntnis der CDU zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR. In der Entschließung heißt es dazu u. a.:

„Der Sozialismus sichert die höchstmögliche Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft ...

Das Streben nach einer sozialistischen Zukunft entspricht zutiefst der christlichen Pflicht, den Nächsten zu lieben, und dem göttlichen Auftrag an die Menschen, sich die Erde untertan zu machen. So ergibt sich folgerichtig die Feststellung, daß noch nie in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft die Gebote christlicher Nächsten- und Friedensliebe in einem solchen Maße Wirklichkeit wurden, wie in der Ordnung des Sozialismus.“¹³⁹

Dieser Parteitag, so stellen die „Thesen zur Geschichte der CDU“ einschätzend fest,

„... stellte den Verbänden konkrete Aufgaben für ihre Mitwirkung am Aufbau des Sozialismus, insbesondere am sozialistischen Wettbewerb, bei der Weiterentwicklung der

137 „Neue Zeit“, Nr. 231 vom 3. 10. 1952, S. 3

138 „Neue Zeit“, Nr. 239 vom 12. 10. 1952, S. 3

139 Zit. nach: 6. Parteitag, a. a. O., S. 339

demokratischen Staatsmacht, bei den Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungsbereitschaft und in der kulturpolitischen Arbeit“¹⁴⁰.

Erstmalig auf einem Parteitag der CDU war 1952 die Kultur Gegenstand eines großangelegten Referates, das unter dem Thema „Der christliche Beitrag zum Aufbau unserer sozialistischen Kultur“ stand. Im Gegensatz zu früheren Beiträgen zur Kulturpolitik ist hier bereits aus der Themenstellung ein grundlegender Wandel erkennbar. Es ging der CDU nicht mehr um einen eigenen, dem der anderen demokratischen Kräfte entgegensetzenden kulturpolitischen Kurs, wie das seinerzeit von solchen reaktionären Kulturpolitikern wie Tillmanns oder Hickmann angestrebt wurde, sondern vielmehr darum, ihre kulturpolitische Position unter den Bedingungen des beginnenden sozialistischen Aufbaus vom Aspekt des Mitgestaltens her neu zu durchdenken. So gab der damalige Staatssekretär Dr. Heinrich Toeplitz in dem erwähnten Referat nicht nur eine Analyse der kulturpolitischen Arbeit der Partei in den zurückliegenden Jahren, sondern verwies auch anhand zahlreicher Detailprobleme auf die vielfältigen Möglichkeiten, die sich für die christlichen Demokraten beim Aufbau einer sozialistischen Kultur ergeben.

Davon ausgehend, daß alle den Sozialismus bejahenden Kräfte in der DDR vor der Aufgabe stehen, zur Entwicklung der sozialistischen Kultur beizutragen, arbeitete Dr. Toeplitz zunächst grundsätzlich heraus, welche Probleme einer dringenden Klärung bedurften, da die Diskussion über die Meißener Thesen nicht zu einer Weiterentwicklung der kulturpolitischen Linie der Partei beigetragen habe. Dabei handelte es sich um

- das Eisenacher Kulturprogramm und seine Überprüfung mit dem Ziel, ein neues Kulturprogramm der CDU zu formulieren;
- den Inhalt des Kulturbegriffs und das Verhältnis der werktätigen Menschen zur Kultur;
- die Stellung der CDU zum nationalen Kulturerbe und den christlichen Anteil daran;
- die Auseinandersetzung mit feindlichen Kulturideologien;
- den praktischen Beitrag der christlichen Demokraten beim Aufbau der sozialistischen Kultur.

Die Diskussion über diese Probleme sollte auf breiter Grundlage geführt werden, da – wie Dr. Toeplitz ausführte –

140 Zit. nach: Dokumente der CDU, Bd. VI, a. a. O., S. 101

der „Aufbau einer sozialistischen Kultur in der Deutschen Demokratischen Republik“ von außerordentlich großer Bedeutung ist, „weil sie auf dem Prinzip des Humanismus beruht und damit die besten Traditionen der Vergangenheit aufnimmt“¹⁴¹.

Ausführlich unterzog dann der Referent das Eisenacher Kulturprogramm von 1949 einer kritischen Wertung, wobei er untersuchte, inwieweit dieses Programm

- idealistische Auffassungen und Formulierungen enthielt, die im Widerspruch zu der Lebenshaltung des Christlichen Realismus standen;
- sich auf zeitbedingte Zielsetzungen stützte, die auf Grund der gesellschaftlichen Entwicklung hinfällig geworden waren.

Dr. Toeplitz setzte sich in diesem Zusammenhang mit der sogenannten „christlichen“ Kulturdefinition, dem idealistischen Begriff von einer „Menschheitskultur“ und mit der Behauptung auseinander, daß die Kultur eigenen Gesetzmäßigkeiten unterliege. Dabei betonte er, daß es nicht das kulturpolitische Ziel der CDU sein könne, die überlieferten und sich entwickelnden Kulturformen im Sinne des Kulturprogramms zu werten. Im Gegensatz zu der dort erhobenen Forderung, die „Kulturformen ehrfürchtig und behutsam zu betreuen“, sagte er:

„Wir wollen die Kulturschätze der Vergangenheit neu fruchtbar machen. Wir wollen unter Anknüpfung an diese bleibenden Werte die schöpferischen Kräfte unseres Volkes zum aktiven Mitgestalten beim Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung bringen.“¹⁴²

Im Referat wurde ferner zu dem Abschnitt „Kultur der Schaffenden“ im Eisenacher Kulturprogramm Stellung genommen und nachgewiesen, daß sich solch eine isolierte Betrachtungsweise nicht länger aufrechterhalten läßt, da das geistig-kulturelle Leben in der DDR „durch die Entwicklung einer einheitlichen Kultur des auf dem Wege zu einer moralisch-politischen Einheit befindlichen Volkes gekennzeichnet“ ist, es demzufolge absurd wäre, wollte man die Kultur in verschiedene Sektoren aufspalten.

Nachfolgend wurde ausgeführt, daß diese irriige Auffassung aus dem unklaren Kulturbegriff resultierte, und in diesem Zusammenhang angeregt, das Eisenacher Kulturprogramm auf weitere Mängel und Fehler hin zu überprüfen, dabei aber

141 Zit. nach: 6. Parteitag, a. a. O., S. 186

142 Ebenda, S. 187

auch Fragen zu berücksichtigen, die 1949 noch nicht auf der Tagesordnung standen, wie z. B. die Wechselbeziehungen zwischen Wissenschaft und Technik. Dasselbe galt u. a. auch für die Komplexe Jugenderziehung, Bildungswesen, öffentliche Meinung und Körperkultur.

Die Forderung, bei einer Neufassung des Kulturprogramms jedoch erst einmal den Kulturbegriff zu präzisieren, um für die Überarbeitung der einzelnen Komplexe eine klare Orientierung zu haben, war deshalb durchaus berechtigt. Nur so war es möglich, sich eindeutig von bürgerlich-idealistischen Kulturauffassungen abzugrenzen.¹⁴³

Ein weiteres für die künftige kulturpolitische Linie der CDU wichtiges Problem wurde mit der Frage nach dem Verhältnis des Christentums zur Kultur aufgeworfen. Bemerkenswert ist dabei, daß erstmalig auf einem Parteitag auf die Fragwürdigkeit des Begriffes „christliche Kultur“ hingewiesen wurde. Es heißt bei Toeplitz:

„Es gibt keine zeitlose Kultur . . . , sondern nur die Kultur eines bestimmten Volkes in einer bestimmten Zeit. Diese Erkenntnis führt zu der Schlußfolgerung, daß die überzeitlichen Werte des Christentums nicht mit einer bestimmten Kulturstufe verknüpft sein können. Der Christ leistet in der Zeit, in die ihn Gott gestellt hat, seinen Beitrag zur weiteren Entwicklung der Kultur und damit seines Volkes. Er leistet diesen Beitrag aus seinem christlichen Glauben und der darauf beruhenden Lebenshaltung heraus, ohne daß deshalb die gesamte Kultur seiner Zeit unbedingt als christlich charakterisiert werden kann.“¹⁴⁴

Auf den Mißbrauch des Begriffes „christliche Kultur“ durch westliche Kulturideologen eingehend, wurde an anderer Stelle des Referats gesagt:

„Sie (gemeint sind die Feinde der DDR. D. Verf.) verstehen unter ‚christlicher Kultur‘ ebenso wie unter ‚abendländischer Kultur‘ in Wirklichkeit die Verteidigung einer überholten Gesellschaftsordnung und erniedrigen damit die christliche Botschaft zu einem durchsichtigen politischen Zweck. Unsere Gegner zeigen damit, daß ihnen nicht der christliche Charakter der Kultur am Herzen liegt, sondern daß sie das Christentum nur als Tarnung restaurativer Tendenzen benutzen. Diese Überlegungen führen zu dem Ergebnis, daß die sozialistische Kultur weder ihrer Form nach noch ihrem Inhalt nach entscheidend

143 Vgl. auch Ausführungen über den marxistischen Kulturbegriff, in: Kultur in unserer Zeit, a. a. O., S. 19 ff.

144 Zit. nach: 6. Parteitag, a. a. O., S. 191

vom Christentum bestimmt wird. Der Christ leistet vielmehr seinen Beitrag zur Entwicklung dieser Kultur..., weil er das humanistische Prinzip dieses neuen Kulturwerdens bejaht.“¹⁴⁵

Daß sich der Beitrag der Werktätigen zur Entwicklung der sozialistischen Kultur nicht allein auf die rezipierende Funktion beschränken darf, sondern sich darüber hinaus in der aktiven Mitgestaltung des geistig-kulturellen Lebens auswirken muß, war eine weitere wesentliche Erkenntnis für die kulturpolitische Aufgabenstellung der Partei.

In einem weiteren Abschnitt seines Referates ging Dr. Toepflitz dann auf die Pflege des nationalen Kulturerbes ein und erklärte, daß es sich bei diesem Kulturerbe nicht um ein „Schaustück, das in ein Museum gehört“, handele, sondern daß es vielmehr Grundlage neuer kultureller Leistungen sein müsse. In diesem Zusammenhang wies er u. a. darauf hin, daß es dringend erforderlich sei, das überlieferte Bild der klassischen deutschen Dichter von idealistischen oder romantischen Verfälschungen zu befreien, andere in Vergessenheit geratene Dichter und Schriftsteller wieder ins Bewußtsein der Menschen zu rufen, die großartigen Werke deutscher Musik, Malerei und Plastik breitesten Bevölkerungsschichten zu erschließen, der Vernachlässigung und Unterschätzung des Volksliedgutes entgegenzutreten, aber auch die Versäumnisse gegenüber der Wissenschaft als einem Bestandteil des nationalen Kulturerbes nachzuholen.

Bezüglich des künstlerischen Bereichs wurde hervorgehoben, daß es falsch sei, „von Christlichem Realismus in der Kunst zu sprechen“, und in diesem Zusammenhang der Wunsch „nach dem Beitrag der realistisch die Welt betrachtenden Christen zur Entwicklung eines sozialistischen Realismus in der Kunst“ geäußert.¹⁴⁶

In seiner Auseinandersetzung mit dem Kulturverfall in Westdeutschland, mit Kosmopolitismus, Formalismus, Schund- und Kitschproduktion, sagte Dr. Toepflitz:

„Der Kampf um die Erhaltung unserer nationalen Kultur gegenüber allen schädlichen Einflüssen bildet einen Teil des Kampfes um die nationale Befreiung des deutschen Volkes. So, wie die Zersetzung der Kultur der ideologischen Kriegsvorbereitung dient, gehört ihre Förderung und Entwicklung zum Kampf um den Frieden. Die besten Kräfte unter unseren Kulturschaffenden sind aufgerufen,

¹⁴⁵ Ebenda, S. 192

¹⁴⁶ Ebenda, S. 203

mit aller Entschlossenheit die Substanz unserer nationalen Kultur zu verteidigen.“¹⁴⁷

Damit war in eindrucksvoller Weise deutlich gemacht, daß die Entwicklung einer wahrhaft humanistischen deutschen Kultur, die sich auf die besten Traditionen des nationalen Kulturerbes gründet, einzig und allein in einem Staate wie der Deutschen Demokratischen Republik garantiert ist, der die Erhaltung des Friedens zum obersten Gebot seiner Politik erhoben hat.

Dr. Toepflitz stellte fest, daß Umfang und Bedeutung des Beitrages christlicher Demokraten zu dieser sozialistischen Kultur davon abhängen, inwieweit sie selbst bereit sind, „Verpflichtungen zur Mitwirkung bei der Lösung der kulturellen Aufgaben zu übernehmen“. Und gleichsam wegweisend für die nächsten Jahre fügte er hinzu:

„Christen wie Nichtchristen vereinigen sich in dem Bekenntnis zu dem humanistischen Charakter dieser Kultur. Zwischen ihnen bestehen in wichtigen Fragen des Kulturaufbaus so enge Berührungspunkte, daß auch in Zukunft die Menschen, die ihr Leben aus christlicher Glaubensüberzeugung gestalten, freudig an der Kulturentwicklung unseres Volkes mitarbeiten können. Wir handeln dabei gleichzeitig in der Erkenntnis, daß alle deutschen Patrioten zusammenwirken müssen, um eine neue deutsche Kulturblüte zu entfalten.“¹⁴⁸

Schlußbemerkung

Der vorstehend untersuchte Zeitraum von 1945 bis 1952 in der Entwicklung der damaligen sowjetischen Besatzungszone und der späteren Deutschen Demokratischen Republik ist charakterisiert durch die nach der Zerschlagung des Faschismus vollzogene antifaschistisch-demokratische Umwälzung, die Festigung der Machtpositionen in Politik und Wirtschaft durch die Arbeiterklasse im festen Bündnis mit den Bauern unter Beteiligung aller anderen demokratischen Schichten, die Gründung der DDR und den Übergang zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus. An dieser revolutionären Umwälzung, wie sie sich im Osten Deutschlands vollzog, hatten auch die fortschrittlichen Kräfte in den neu entstandenen bür-

¹⁴⁷ Ebenda, S. 205

¹⁴⁸ Ebenda

gerlich-demokratischen Parteien erheblichen Anteil. Die reaktionären Kräfte in diesen Parteien erhofften sich jedoch durch ihre teils offene, teils versteckte antinationale Politik eine Restauration der alten monopolkapitalistischen Gesellschaftsordnung, scheiterten mit diesen Versuchen aber letztlich an dem entschlossenen Widerstand der demokratisch gesinnten Mitglieder, die in der Arbeiterklasse ihre treuesten Verbündeten hatten.

Die in der Kulturpolitik der CDU zeitweilig tonangebenden Leute wie Tillmanns oder Hickmann glaubten ihrerseits, die antifaschistisch-demokratische Entwicklung hemmen zu können, indem sie auf raffinierte Weise antikommunistische Tendenzen in die Kulturpolitik der Partei einschleusten, um dadurch die christlichen Demokraten in Widerspruch zur Arbeiterklasse und ihrer Partei zu bringen.

Auch nach dem 3. Parteitag im Jahre 1948, auf dem Otto Nuschke mit eindrucksvoller Mehrheit zum Vorsitzenden der CDU gewählt wurde, nutzte die Reaktion unter Mißbrauch christlicher Glaubensinhalte jede Gelegenheit, durch nach außen hin progressiv verklausulierte, dem Inhalt nach aber feindliche Aussagen die kulturell interessierten Mitglieder in ihrer Mitarbeit an der Entfaltung einer fortschrittlich-humanistischen Kultur zu desorientieren.

Mit der gesellschaftlichen Entwicklung in der damaligen sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR vollzog sich zugleich aber auch der Klärungsprozeß innerhalb der Partei. Auf dem 5. Parteitag 1950 gelang den demokratischen Kräften in der CDU der endgültige Durchbruch auf politisch-ideologischem Gebiet, so daß damit auch Voraussetzungen geschaffen waren, Schwächen und Mängel in der Kulturpolitik weitgehend zu überwinden. Diese konsequente Haltung, die in dem vorbehaltlosen Bekenntnis der Partei zum beginnenden Aufbau des Sozialismus im Jahre 1952 ihren Ausdruck fand, hatte zur Folge, daß sich künftig die Kulturpolitik der CDU unter Einbeziehung progressiver Traditionen immer mehr der Frage zuwandte, inwieweit die CDU mit ihren Mitgliedern zur Entwicklung einer sozialistischen deutschen Kultur beitragen könne. Die große Bedeutung des 6. Parteitages im Jahre 1952 bezüglich der kulturpolitischen Orientierung besteht deshalb darin, daß hier klar und unmißverständlich erklärt wurde, daß

– die Ordnung des Sozialismus zugleich die Verwirklichung bedeutender christlicher Anliegen in dieser Welt ermöglicht und

– der Christ seinen Beitrag zur Entwicklung einer sozialistischen Kultur leisten kann, ohne von seinen Glaubensgrundsätzen abzuweichen, weil er das humanistische Prinzip dieses neuen Kulturwerdens bejaht.

Die Entscheidung, an der Entwicklung einer sozialistischen Kultur konsequent mitzuarbeiten, ist seitdem fester Bestandteil der politisch-erzieherischen Arbeit der CDU. Sie fand ihre erneute Bestätigung in den Worten des Parteivorsitzenden Gerald Götting auf dem 12. Parteitag (2. bis 5. Oktober 1968 in Erfurt):

„Unsere Kultur wächst auf der Grundlage der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Sie hat nichts, aber auch gar nichts mit der imperialistischen Manipulierung des Menschen gemein. Indem sie zur allseitigen Entwicklung des Menschen in der sozialistischen Menschengemeinschaft beiträgt, verkörpert allein sie die kulturelle Zukunft der Nation.“¹⁴⁹

¹⁴⁹ Zit. nach: 12. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, 2.–5. Oktober 1968, Erfurt, Bulletin, hrsg. vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, S. 110.

I. Quellen

a) ungedruckte

Archiv beim Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Berlin:

- 1. Parteitag der CDU, 15.–17. 6. 1945, Berlin (stenografisches Protokoll)
- Parteitagung 15.–17. Juni 1946, Berlin
- 2. Parteitag der CDU, 6.–8. 9. 1947, Berlin (stenografisches Protokoll)
- 3. Parteitag der CDU, 18.–20. 9. 1948, Erfurt (Manuskript zur Broschüre: Erfurt 1948, Die 3. Jahrestagung der Christlich-Demokratischen Union, hrsg. von der Hauptgeschäftsstelle der CDU, Berlin 1949)
- 4. Parteitag der CDU, 12./13. 11. 1949, Leipzig (stenografisches Protokoll)
- 5. Parteitag der CDU, 15.–17. 9. 1950, Berlin (stenografisches Protokoll)
- 6. Parteitag der CDU, 16.–18. 10. 1952, Berlin (stenografisches Protokoll)
- Vorstandssitzungen 1945–46
- Vorstandssitzungen 1945–48
- Hauptvorstandssitzungen 1947–1950, Protokolle
- Hauptvorstandssitzungen 1949–1952, Protokolle
- CDU-Ausschüsse 1945–1949, Protokolle
- CDU-Ausschüsse 1946–1947, Verschiedenes
- CDU-Ausschüsse 1947–1948, -Frauen, -Gesundheitswesen, -Junge Union, -Kommunalpolitik, -Kulturpolitik, -Organisation, -Personalpolitik, -Recht
- Kulturpolitik 1948–1950, Kulturpolitischer Ausschuß
- Kulturtagung in Eisenach, 1949, Ansprachen, Beschlüsse (24./26. 6. 49)
- Arbeitstagung in Meißen, 1951, Org.-Unterlagen, Korrespondenz, Quartierlisten (19./21. 10. 51)

Historisches Archiv beim Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Berlin, Mappen:

- | | |
|-----|---|
| Nr. | Akten betr. |
| 56 | Grundlinien der Parteigeschichte der CDU, 1945–1953 |
| 217 | Abt. Presse und Agitation, Redeskizzen, 1945–1950 |
| 249 | Thesen des „Christlichen Realismus“, 1952–1954 |
| 283 | Programmatische Beschlüsse der CDU-Parteileitung, 1945–1953 |
| 285 | Programmatische Beschlüsse der CDU-Parteileitung, 1945–1951 |
| 348 | Kulturbriefe der CDU, 1950 – Jan. 1952 |

b) gedruckte

1. Zeitungen und Zeitschriften

Neue Zeit, Tageszeitung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Berlin, Deutschland-Ausgabe, 1.–8. Jg., 1945–1952

Union teilt mit, Nachrichten der Christlich-Demokratischen Union, 1.–6. Jg., 1947–1952

2. Dokumente, Protokolle und Reden

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. III, Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, 1. Aufl., Dietz Verlag, Berlin 1952, und Bd. IV, Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, 1. Aufl., Dietz Verlag, Berlin 1954

Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, hrsg. und eingel. von Lothar Berthold und Ernst Diehl, 3. Aufl., Dietz Verlag, Berlin 1967

Bericht des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den III. Parteitag, Dietz Verlag, Berlin 1950

Dokumente in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bd. 6, Dietz Verlag, Berlin 1966

Dokumente der CDU (Bd. I), hrsg. von der Parteileitung der CDU, Union Verlag, Berlin 1956, und Dokumente der CDU, hrsg. vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Bd. VI, Union Verlag, Berlin 1966

Zentralverordnungsblatt Teil I, Amtliches Organ der Deutschen Wirtschaftskommission und ihrer Hauptverwaltungen sowie der Deutschen Verwaltungen für Inneres, Justiz und Volksbildung, hrsg. von der Deutschen Justizverwaltung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland, Berlin, 21. 4. 1949, Nr. 28/1949

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, 23. 3. 1950, Nr. 28/1950, S. 185–190

Protokoll der Verhandlungen des Ersten Kulturtages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Dietz Verlag, Berlin 1948

- Deutschland und die Union, Die Berliner Tagung 1946, Reden und Aussprache, in: Wege in die neue Zeit, hrsg. vom Union-Verlag GmbH Berlin, Nr. 4, o. J.
- Berliner Tagung der Union, Die Entschließungen, in: Wege in die neue Zeit, hrsg. vom Union-Verlag GmbH, Nr. 5, o. J.
- Erfurt 1948, Die 3. Jahrestagung der Christlich-Demokratischen Union, hrsg. von der Hauptgeschäftsstelle der CDU, Berlin, o. J. (1949)
- Bewährung und Verantwortung für Deutschland, Reden und Beschlüsse der 4. Jahrestagung der CDU am 12. und 13. November 1949 in Leipzig, Broschüre, hrsg. von der Hauptgeschäftsstelle der CDU, Berlin, o. J.
- Christen, kämpft für den Frieden!, Gesamtbericht über die 5. Jahrestagung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vom 15. bis 17. September 1950 in Berlin, hrsg. von der Hauptgeschäftsstelle der CDU, Berlin, o. J.
6. Parteitag, 16. bis 18. Oktober, Berlin 1952, Protokoll, hrsg. von der Parteileitung der CDU, Berlin, o. J. (1952)
12. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, 2.–5. Oktober 1968, Erfurt, Bulletin, hrsg. vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, o. O., o. J. (Berlin 1968)
- Unser Geschichts- und Naturbild, Kulturtagung der Christlich-Demokratischen Union vom 24. bis 26. Juni 1949 in Eisenach, Ansprachen und Beschlüsse, Broschüre, hrsg. von der Hauptgeschäftsstelle der CDU, Berlin, o. J.
- Christlicher Realismus, Broschüre, hrsg. vom Union Verlag GmbH, Berlin (1951)
- Wir diskutieren die Meißener Thesen, Broschüre, hrsg. von der CDU, o. O., o. J. (Berlin 1952)
- Frage und Antwort in der Diskussion über die Thesen des Christlichen Realismus, Broschüre, hrsg. von der CDU, o. O., o. J. (Berlin 1952)
- Pieck, Wilhelm, Reden und Aufsätze, Auswahl aus den Jahren 1908–1950, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1950
- Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Aus Reden und Aufsätzen, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. IV, 1950–1954, 1. Aufl., Dietz Verlag, Berlin 1958

II. Darstellungen

- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bd. 6, Vom Mai 1945 bis 1949, 1. Aufl., und Bd. 7, Von 1949 bis 1955, 1. Aufl., Dietz Verlag, Berlin 1966

- Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 5. Aufl., Dietz Verlag, Berlin, o. J. (1965)
- Kultur in unserer Zeit, Zur Theorie und Praxis der sozialistischen Kulturrevolution in der DDR, Kollektivarbeit unter Leitung von Prof. Dr. Horst Keßler und Dr. Fred Staufenbiel, hrsg. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Lehrstuhl für Theorie und Geschichte der Literatur und Kunst, 1. Aufl., Dietz Verlag, Berlin 1965
- Philosophisches Wörterbuch, hrsg. von Georg Klaus und Manfred Buhr, VEB Bibliographisches Institut, Leipzig, o. J. (1964)
- Zehn Jahre Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, 1945–1955, o. O., o. J. (1955)
- Börner, Rolf, Der Antikommunismus – ein Hauptbestandteil der modernen bürgerlichen Ideologie, Über einige antikommunistische Tendenzen auf der Eisenacher Kulturtagung der CDU 1949, in: Als Christen dem Sozialismus verpflichtet, Eine Veröffentlichung aus Anlaß des 10. Gründungstages der Zentralen Schulungsstätte der CDU „Otto Nuschke“, hrsg. von der Parteileitung der CDU, o. O., 1961 (Berlin), S. 68 ff.
- Desczyk, Gerhard, Dr., Zur politischen Ausgangssituation und zu politischen Problemen bei der Gründung der CDU, Diskussionsbeitrag, Sonderdruck aus dem Protokoll einer Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 4.–6. 5. 1965, S. 234 ff.
- Fischer, Gerhard, Dr., Die prinzipiellen Auseinandersetzungen über die ideologische Position der CDU zwischen dem 5. und 6. Parteitag (1950–1952) und die Rolle der „Neuen Zeit“ als Zentralorgan der Partei, CDU-Beiträge zur Geschichte, hrsg. vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, o. O., 1967 (Berlin)
- , Christliche Kulturschaffende im Ensemble der sozialistischen Nationalkultur, in: Christliche Demokraten, Für das Vaterland des Volkes, hrsg. vom Präsidium des Hauptvorstandes der CDU, Union Verlag, Berlin, o. J. (1969)
- Götting, Gerald, Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische Union – zwanzig Jahre gemeinsamen Kampfes für Frieden und Sozialismus, für das Glück des Volkes, Hefte aus Burgscheidungen, hrsg. vom Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, Nr. 135, o. O., 1965 (Berlin)
- Gerst, Wilhelm Karl, Eine Abrechnung, 50 Beiträge zur Charakteristik der Adenauer-Partei, Union Verlag, Berlin, o. J. (1960)
- Haak, Gerda/Keßler, Horst, Politik gegen die Kultur, Aus der Bonner Meinungsfabrik, 1. Aufl., Dietz Verlag, Berlin 1964

- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 121 Gerald Götting: In christlicher Verantwortung für Frieden und Sozialismus
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit – Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz – Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 133 Dr. h. c. Otto Nuschke: Verantwortung der Deutschen für Sicherheit und Frieden (Hauptreferat auf dem 4. Deutschen Friedenskongreß im April 1955 in Dresden). Mit einer Einleitung von Walter Bredendiek
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung des sozialistischen Bildungssystems
- 139 Siegfried Baltrusch: Für Deutschlands Frieden und Deutschlands Zukunft
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen – Grundlagen geistlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 144 Gerald Götting: Für die Rettung der Nation – Zusammenarbeit aller friedliebenden Deutschen
- 145 Edmund Meclowski: Neues Leben in Polens West- und Nordgebieten
- 147 Dr. Helmut Dressler: Evangelische Kirche und Revanche-Ideologie in der Weimarer Republik und im Bonner Staat
- 149 Gerhard Desczyk: Vom Friedensdienst der Katholiken
- 152 H. C. Herrmann: Der Bonner Neokolonialismus und seine Unterstützung durch NATO-gebundene westdeutsche Kirchenleitungen
- 153 Pfarrer Götz Bickelhaupt: Auf dem Wege zur engagierten Gemeinde
- 155 Pastor Traute Arnold: Der Christ in der geistig-kulturellen Entwicklung hier und heute
- 157 Christlicher Dienst in den gesellschaftlichen und internationalen Fragen unserer Zeit – Ungarischer Studienbeitrag zur Thematik des Weltkongresses „Kirche und Gesellschaft“
- 161 Dr. Nikolaus Zaske: „Ex oriente pax“
- 162 Dr. theol. habil. Günther Kehnscherper: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Kirchen Mitteleuropas
- 163 Die Reformation als Erbe und Auftrag – Aus der „Wegweisung“ der Generalsynode der Reformierten Kirche von Ungarn

- 164 Carl Ordnung: Die Oktoberrevolution verändert die Welt
- 165 Gerald Götting: Reformation – Revolution
- 166 Günter Wirth: Deutsche Friedenspolitik 1917–1967
- 167 Günter Wirth: Christliche Ethik und sozialistische Wirklichkeit
- 168 Metropolit Nikodim von Leningrad und Nowgorod: 50 Jahre Moskauer Patriarchat (1917–1967). Mit einem Vorwort von Gerald Götting
- 170 Werner Wünschmann: Kultur hilft unser Leben meistern
- 171 Walter Bredendiek: Zwischen Revolution und Restauration. Zur Entwicklung im deutschen Protestantismus während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik
- 172 Metropolit Nikodim von Leningrad und Nowgorod: Auftrag und Verantwortung der Gläubigen bei der Erhaltung des Weltfriedens – Rede auf der Konferenz von Vertretern aller Religionsgemeinschaften in der UdSSR vom 1. bis 4. Juli 1969 in Sagorsk
- 173 Günter Wirth: Das christliche Menschenbild bei Böll und Bobrowski
- 174 Günter Wirth: Der Leninismus und die bürgerlich-demokratischen Kräfte

Verkaufspreis 0,50 M – Doppelheft 1,- M

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB), Berlin